



»»» Fachkonferenz BMBF-Fördermaßnahme »Kommunen innovativ«

am 11. und 12. September 2019 in Halle

Dokumentation

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung





Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und Einführung	4
Keynote: Neue kommunale Wege zur Zukunftsfähigkeit	7
Impressionen von der Veranstaltung I	10
Marktplatz der Ergebnisse	11
Impressionen vom Marktplatz	12
Parallele Themenräume	13
Themenraum: „Neues Miteinander“	14
Block 1: Eröffnungsvortrag	14
Block 2: „Neue“ Formate für ein neues Miteinander	15
Block 3: Miteinander zu Verstetigung und Innovation	18
Block 4: Reflexion des Themenraumes	22
Themenraum: „Neue Strukturen“	23
Block 1: Eröffnungsvortrag	23
Block 2: Übertragbare Ideen und Impulse – Vorstellung der Ergebnisse der Verbundvorhaben	25
Block 3: Neue Strukturen mit der Zivilgesellschaft	27
Block 4: Neue interkommunale Strukturen	29
Block 5: Reflexion des Themenraumes	30
Themenraum: „Neues Wissen“	32
Block 1: Eröffnungsvortrag	33
Block 2: Wissen gewinnen – Daten zur kommunalen Entwicklung zusammenführen und auswerten	35
Block 3: Wissen nutzen – Entscheidung für die kommunale Entwicklung vorbereiten	37
Block 4: Wissen vermitteln – Bürger*innen, Verwaltung und Politik unterstützen, beraten und sensibilisieren	39
Block 5: Reflexion des Themenraumes	41
Impressionen der Veranstaltung II	42
Abschlussdiskussion: Welche neuen Wege weist „Kommunen innovativ“ auf?	43

Alle Präsentationen der Veranstaltung stehen zum Download zur Verfügung unter
www.kommunen-innovativ.de





Impressum

KomKomIn - Wissenschaftliches Begleit-, Vernetzungs- und Transfervorhaben

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Dr. Stephanie Bock, Jan Abt, Julia Diring

Telefon: (030) 39001-189 | komkomin@difu.de

Raum & Energie – Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH

Katrin Fahrenkrug, Dr. Michael Melzer, Lutke Blecken, Julia Reiß

Telefon: (04103) 16041 | institut@raum-energie.de





Begrüßung und Einführung

Dr. Vera Grimm, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Dr. Vera Grimm begrüßt alle Teilnehmenden der Fachkonferenz und verweist in ihrer Einleitung auf die Entwicklung der Stadt Halle/Saale, den Ort der Fachkonferenz, als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Trotz negativer Bevölkerungstrends könne die Stadt heute auf eine stabile Bevölkerungszahl blicken. Sie sei somit ein gutes Beispiel dafür, dass trotz der Herausforderungen des demografischen Wandels eine nachhaltige Entwicklung auf den Weg gebracht werden könne.

Frau Dr. Grimm erläutert die BMBF- Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ und verweist auf die 30 Verbundvorhaben, die vielfältige Ansätze und Modelle zur Gestaltung zukunftsfähiger Kommunen erproben. Erste Verbundvorhaben endeten bereits in diesem Jahr, weitere werden bis Mitte des Jahres 2020 folgen. Daher liege der Fokus der diesjährigen Fachkonferenz auf der Präsentation und Vermittlung der Projektergebnisse.

Die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ als Teil des BMBF-Rahmenprogramms (FONA³) soll Ende 2020 mit einer dritten Phase fortgeführt werden, in der strukturschwache Regionen einen besonderen Schwerpunkt bilden werden.

Mit Verweis auf Aktivitäten in anderen BMBF-Fördermaßnahmen kündigt Frau Dr. Grimm die im Rahmen der Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ im kommenden Jahr geplante internationale Konferenz zu städtisch-ländlichen Partnerschaften an und verweist auf die Schnittstellen zu Kommunen innovativ.

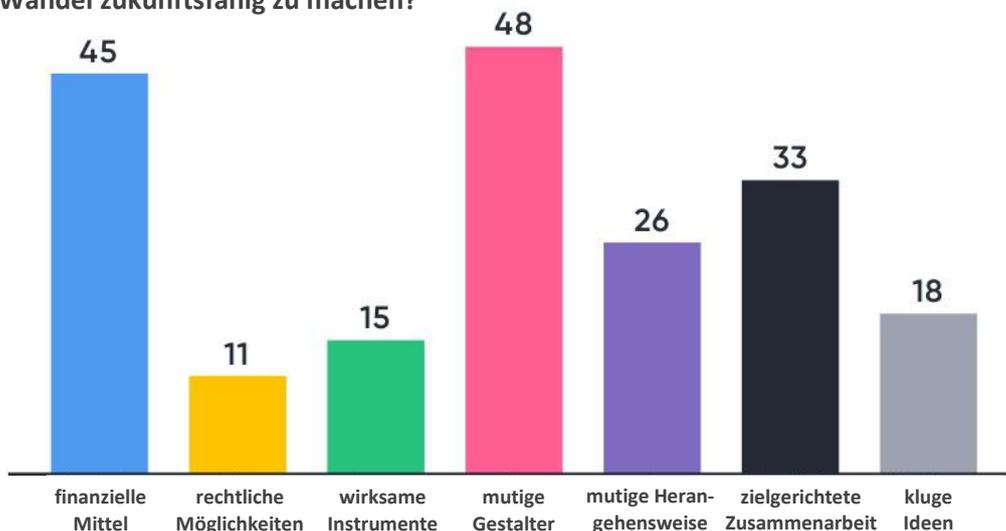


Dr. Vera Grimm (BMBF) und Katrin Fahrenkrug (KomKomIn)





Woran fehlt es maßgeblich, wenn es darum geht, Kommunen im demografischen Wandel zukunftsfähig zu machen?

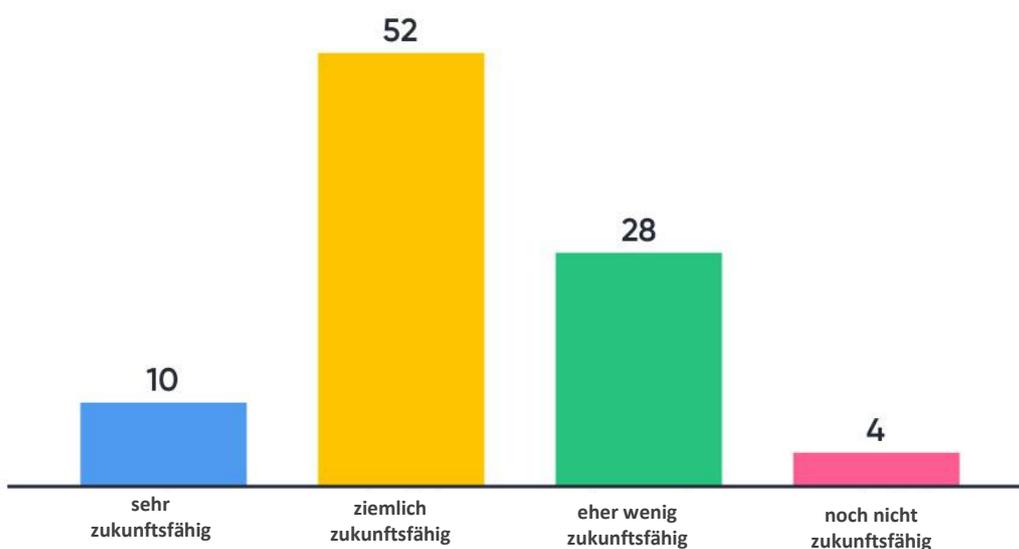


3. Wie „zukunftsfähig“ ist Ihre Heimatkommune?

6

Wie im nachfolgenden Balkendiagramm dargestellt, schätzen 62 der 94 teilnehmenden Personen ihre Heimatkommune als „sehr“ oder „ziemlich zukunftsfähig“ ein. Dies verdeutlicht, dass viele der Kommunen im Verbundvorhaben „Kommunen Innovativ“ augenscheinlich positive Entwicklungen verzeichnen können. Dass insgesamt 32 der Teilnehmenden ihre Heimatkommunen als „eher wenig zukunftsfähig“ oder gar als „noch nicht zukunftsfähig“ einschätzen zeigt aber auch, dass noch nicht alle Kommunen gleich weit auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit gekommen sind.

Wie „zukunftsfähig“ ist Ihre Heimatkommune?





Keynote: Neue kommunale Wege zur Zukunftsfähigkeit

Prof. Dr. Stefan Siedentop, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS)

Prof. Dr. Stefan Siedentop betont, dass deutsche Kommunen – trotz weitreichender Anstrengungen – immer noch einen langen und schwierigen Weg beschreiten müssen, um zukunftsfähig zu sein. Kommunen stehen vor enormen Herausforderungen und müssen sich kontinuierlich an sozio-ökonomische Veränderungsprozesse anpassen. Die Rahmenbedingungen zur Bewältigung dieser Aufgaben erweisen sich jedoch als schwierig: Die Handlungsfähigkeit der Kommunen wird durch verschiedene Faktoren, Unsicherheiten und Rahmenbedingungen, wie beispielsweise durch die strukturelle Unterfinanzierung von kommunalen Leistungen, eingeschränkt.



Prof. Dr. Stefan Siedentop (ILS)

Zukunftsfähigkeit setzt aus Sicht von Prof. Dr. Stefan Siedentop Wandel und Innovation voraus. Neue Ideen müssen in der Praxis um- und durchgesetzt werden und gegenwärtig vertraute Praktiken ablösen. Innovativ sei diese Neuheit erst dann, wenn die Übertragbarkeit auf andere Kommunen gegeben sei.

Der Begriff der Innovation werde zwar wissenschaftlich diskutiert und kommunale Praktiken mit Innovationscharakter werden angewandt, die Durchsetzung solcher Innovationen vollziehe sich im kommunalen Raum aber stark selektiv. So gebe es innovative und weniger innovative Kommunen. Entscheidend seien unterschiedliche Rahmenbedingungen, die die Durchsetzung neuartiger Praktiken flächendeckend fördern.

Mit fünf verschiedenen Perspektiven - institutionell, zeitlich, sozial-räumlich, Governance und materiell - wirft Prof. Dr. Stefan Siedentop einen Blick auf das Thema „Innovation und Innovationsfähigkeit“ und dessen Rahmenbedingungen. In seinem Vortrag weist er darauf hin, dass Innovationsfähigkeit nicht unbedingt von selbst entstehe, sie bedürfe verlässlicher Rahmenbedingungen, strategischer Orientierung und Ressourcen.

1. Wie werden Innovationen institutionalisiert?

Innovationen werden von Menschen geschaffen. Diese handeln jedoch nicht isoliert, sondern stets eingebettet in einen institutionellen Rahmen, welcher in jeder Kommune einzigartig ist. Erfahrungsgemäß steigert eine Mehrdimensionalität der Innovationsprozesse die Erfolgsaussichten einer Innovation maßgeblich. Das heißt, dass zum Beispiel parallel zu einer technischen Innovation soziale, fiskalische oder demokratische Innovationen gefördert werden sollten, indem beispielsweise neue Planungs- und Beteiligungsverfahren oder neue Finanzierungswege eingeführt werden. Der institutionelle Rahmen





einer innovativen Kommune sollte außerdem von einer normativen Ausrichtung, Offenheit, Lernbereitschaft und Experimentierfreudigkeit geprägt sein.

Innovation sollte laut [Prof. Dr. Stefan Siedentop](#) von einem kollektiven Lernprozess begleitet werden. Zur Förderung neuer Innovationen steht am Ende dieses Lernprozesses bestenfalls eine strategische Neuorientierung. Als Ausdruck strategischer Neuorientierung kann beispielsweise die Einführung eines Monitorings der Innenentwicklungspotenziale oder Werkzeuge zur Abschätzung von Infrastrukturfolgekosten einer städtebaulichen Planung verstanden werden.

2. Welche Zeitlichkeit haben Innovationen?

Jede Innovation hat eine eigene Zeitlichkeit des Entstehens, der Durchsetzung und Diffusion in die Praxis. Hier gilt es zu beachten, dass sich bei politischen Prioritäten häufig ein schneller Paradigmenwechsel vollzieht, auf welchen die Kommunen in ihren Planungen dynamisch reagieren müssen. Während im Jahre 2015 beispielsweise das Thema „Integration“ in der kommunalen Politik priorisiert wurde, sind in letzter Zeit die Themen „Wohnen“ und „Mobilität“ vermehrt in den Fokus gerückt.

Innovationsorientierte Kommunalplanung braucht jedoch auch einen langfristigen Orientierungsrahmen, langfristige Leitbilder und verlässliche Handlungskorridore. Daher ist strategische Planung mit Ziel- und Prioritätenfestlegungen von besonderer Bedeutung. Hier ist nicht (nur) die Strategie selbst, sondern der diskursive Prozess dorthin maßgeblich.

8

3. Welche sozial-räumlichen Wirkungen entfalten Innovationen? Wer profitiert davon und wer nicht?

Aufgrund zunehmender (kommunaler) Ungleichheiten und Disparitäten ist es notwendig, die sozial-räumlichen Wirkungen von Innovationen zu hinterfragen und zu bewerten. Nach Ansicht von [Prof. Dr. Stefan Siedentop](#) wirken die meisten Innovationen sozial und/oder räumlich selektiv und erreichen nur einen bestimmten Bevölkerungsteil. Dadurch entsteht die Gefahr des Vorwurfs sozialer Unausgewogenheit und Klientelismus. Als Beispiel wird hier das Modell des „Car-Sharings“ genannt, welches zwar einen wichtigen Baustein einer zukunftsfähigen Mobilität darstellt, durch eine selektive Serviceabdeckung aber als „Inselinnovation“ kritisiert werden kann. Gefragt ist eine sozialinklusive Innovationspolitik, von der möglichst alle profitieren.

4. Welche Governance Arrangements unterstützen Innovationsfähigkeit?

Kommunale Innovationsfähigkeit kann aus Sicht von [Prof. Dr. Stefan Siedentop](#) durch das Zusammengreifen verschiedener Akteure in einem Mehr-Ebenen-Governance-System gefördert werden. Eine vertikale Integration von staatlichen Rahmensetzungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Sinne einer „Ko-Produktion“ steigert das kommunale Innovationsvermögen und birgt Vorteile für involvierte Akteure. Staatliche Rahmensetzungen können Hemmnisse abbauen und Impulse durch Wettbewerbe und Förderung schaffen sowie kommunalen Handlungsdruck, Legitimation und Handlungsspiel-





räume schaffen. Die Zivilgesellschaft kann Innovationen durch lokale Initiativen und Netzwerke sowie bürgerschaftliches Engagement vorantreiben. Neben vertikaler Integration ist aber auch eine horizontal angelegte Vernetzung, also die Vernetzung kreativer und im Quartier sozial engagierter Akteure, wichtig für Innovationsfähigkeit.

5. *Welche materiellen Rahmenbedingungen braucht innovationsorientiertes kommunales Handeln?*

Bei dieser Frage steht vor allem die fiskalische Handlungsfähigkeit der Kommunen im Vordergrund, denn die Implementierung einer technischen oder sozialen Innovation ist häufig an die Verfügbarkeit finanzieller Mittel gebunden. Obwohl sich die kommunale Finanzsituation insgesamt in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, konnten nicht alle Kommunen ihre Verschuldung reduzieren. Die Schere zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen öffnet sich, wodurch unterschiedliche Zukunftsperspektiven in Deutschland langfristig festgeschrieben werden. Daher ist aus Sicht von [Prof. Dr. Stefan Siedentop](#) eine Entlastung der Kommunen bei den Altschulden und Sozialausgaben von zentraler Bedeutung.

Abschließendes Fazit des Inputs ist, dass Innovationsfähigkeit nicht von selbst entsteht. Sie bedarf verlässlicher Rahmenbedingungen, strategischer Orientierung und ausreichender Ressourcen.





Impressionen von der Veranstaltung I





Marktplatz der Ergebnisse

Der Marktplatz der Ergebnisse bildet einen zentralen Baustein der Fachkonferenz. Er bietet die Gelegenheit, die (Zwischen-)Ergebnisse der Verbundvorhaben kennenzulernen, an den Marktständen mit den Projektbeteiligten zu diskutieren und sich aus der Vielfalt der Ansätze aus den Verbundvorhaben für die eigene Arbeit inspirieren zu lassen. Hierfür präsentiert sich jedes Projekt auf einem „Marktstand“, u.a. mit Postern. Im Laufe der Veranstaltung werden sechs themenspezifische Marktplatz-Touren angeboten.

- » **Tour 1: „Koproduktion in der Daseinsvorsorge“**
Wie können Angebote der technischen und sozialen Infrastruktur kooperativ getragen werden?
Projekte: **DeWaK, KuDeQua, KoDa eg, KOMOBIL2035, iMona**

- » **Tour 2: „Projektideen im Reallabor entwickeln und umsetzen“**
Wie entstehen im Reallabor langfristig umsetzbare Lösungen für kommunale Herausforderungen?
Projekte: **KoSI-Lab, WatNu?, MIGOEK, IN²**

- » **Tour 3: „Innovative (Beratungs-)Ansätze in der Innenentwicklung“**
Welche neuen Wege gehen „Kommunen innovativ“-Vorhaben in der Innenentwicklung?
Projekte: **LebensRäume, Flächenmanagement, Ortsinnenentwicklung**

- » **Tour 4: „Sensibilisierungs- und Finanzierungsmodelle für lebenswerte Ortskerne“**
*Wie werden Bewohner*innen für Flächenentwicklung in den Ortskernen sensibilisiert? Welche neuen Finanzierungsansätze bestehen für Maßnahmen der Innenentwicklung?*
Projekte: **AktVis, Bürgerfonds, KIF, KOMET**

- » **Tour 5: „Entscheidungsgrundlagen für zukunftsfähige Kommunen“**
Wie können mithilfe von Daten bessere Planungsentscheidungen getroffen werden?
Projekte: **KomMonitor, WebWiKo, IER-SEK, NaKoFi**

- » **Tour 6: „Strategien zur Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung“**
*Welche Formate eignen sich, um Bewohner*innen (und andere lokale Akteure) für Beteiligungsprozesse zu motivieren und dauerhaft einzubeziehen?*
Projekte: **TransformBar, CoProGrün, Kleinstadt_gestalten, LAZIKN2030, TempA-Land**





Mit Kurzvorträgen stellen die Projekte Schlaglichter ihrer Ergebnisse vor. Die geführten Rundgänge schaffen einen Zugang zur Vielfalt der Themen in der Fördermaßnahme, zeigen thematische Schwerpunkte auf und geben Ansatzpunkte für eine tiefere Auseinandersetzung sowie Gelegenheiten zum Austausch.



Impressionen vom Marktplatz





Parallele Themenräume

In drei parallel stattfindenden Themenräumen werden die bisher vorliegenden Forschungs- und Praxisergebnisse der Verbundvorhaben vorgestellt und diskutiert. Die Fragen nach einem „Neuen Miteinander“, „Neuen Strukturen“ und „Neuem Wissen“ setzen den inhaltlichen Rahmen. Schlaglichter auf Ansätze und Modelle für die Entwicklung zukunftsfähiger Kommunen aus den Verbundprojekten der Fördermaßnahme werden durch externe Inputs ergänzt, die sie in aktuelle Diskurse einbetten.

» **Themenraum: „Neues Miteinander“**

Räume für neue Impulse und Verantwortungen

Moderation: [Katrin Fahrenkrug](#), [Julia Reiß](#), Institut Raum & Energie

» **Themenraum: „Neue Strukturen“**

Neue Organisations- und Finanzierungsmodelle für kooperative Angebote der Daseinsvorsorge

Moderation: [Dr. Stephanie Bock](#), [Julia Diringer](#), Deutsches Institut für Urbanistik

» **Themenraum: „Neues Wissen“**

Vom Datenmanagement zu Verständnis und Entscheidungen

Moderation: [Jan Abt](#), [Deutsches Institut für Urbanistik](#), [Lutke Blecken](#), [Institut Raum & Energie](#)





Themenraum: „Neues Miteinander“

Räume für neue Impulse und Verantwortungen

Einleitung

Im Mittelpunkt des Themenraumes stehen neue Strategien für eine gemeinsame Entwicklung des Gemeinwesens. Grundgedanke ist, dass Antworten auf die Herausforderungen gegenwärtiger Veränderungsprozesse – wie der demografische Wandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse – nur gemeinsam gefunden werden können. Wie kann dieses „Neue Miteinander“ gestaltet werden? Wo zeigen sich mögliche Grenzen und Überforderungen von Engagierten?

Ein Aspekt des „Neuen Miteinanders“ ist Bürger*innenbeteiligung. In „Kommunen innovativ“ werden unterschiedliche Formate weiterentwickelt und erprobt, aber auch begleitend evaluiert. Die Ergebnisse zeigen, welche Formate in welchen Kontexten passend sind und was einen erfolgreichen Beteiligungsprozess ausmacht.

„Neues Miteinander“ zielt weiter ab auf die Kooperation von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, aus der soziale Innovationen entstehen. Die Verbundvorhaben erproben in Reallaboren, wie Probleme vor Ort gemeinsam in kontinuierlichen Prozessen angegangen und neue Lösungen gefunden werden können.

Im Themenraum wird somit auch Koproduktion beleuchtet. Koproduktion ist deutlich mehr als Beteiligung. Es geht um aktives gleichberechtigtes Einbringen und Gestalten. Wie kann es gelingen, nachhaltige Strukturen neuer Verantwortungen zu entwickeln und zu verstetigen, in denen sich Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft zusammenschließen, um gemeinsam Angebote der Daseinsvorsorge sichern und lebenswerte Orte erhalten zu können?

Moderation: [Katrin Fahrenkrug](#), [Julia Reiß](#), Institut Raum & Energie

Block 1: Eröffnungsvortrag

Nachhaltige Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft

[Eva Nemela](#), Körber-Stiftung, Programmleiterin „Engagierte Stadt“

Eva Nemela berichtet von dem Programm „Engagierte Stadt“ der Körber-Stiftung. Seit 2015 werden in dem von mehreren Stiftungen und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Programm Rahmenbedingungen, Strukturen und Netzwerke für bürgerschaftliches Engagement in 50 ausgewählten (Klein-)Städten gestärkt bzw. geschaffen. Engagierte Menschen und Akteure werden an einen Tisch gebracht, um Lösungen für konkrete Problemstellungen vor Ort zu finden. Unter dem Schlüsselbegriff der „Collective Impacts“ investiert das Programm nicht in





einzelne Projekte, sondern in die Veränderung von Haltungen und den Aufbau langfristiger lokaler Beziehungen. Wichtigste Träger stellen hierbei bestehende gemeinnützige Organisationen innerhalb der teilnehmenden Städte dar.

Neben ehrenamtlichen Strukturen stehen laut Eva Nemela auch Anpassungen an den demografischen Wandel und Integration im Fokus der Förderung. Realisiert wird das Programm durch finanzielle Förderung, Coaching und Beratung, kostenfreie Fortbildungen sowie durch (Über-)Regionale Netzwerktreffen und Workshops.

Zu den bisherigen Erfolgen der Förderung zählt eine messbare Verbesserung der Engagement-Netzwerke, sowie ein deutlicher Anstieg von Anlaufstellen und Ansprechpersonen für Engagierte in den Städten. Größte Herausforderungen sind die Gewinnung politischer und wirtschaftlicher Akteure als Projektpartner, die Etablierung von Nachhaltigkeit der Kümmerer-Strukturen, sowie ein fortlaufender Paradigmenwechsel innerhalb der Diskurse.

Diskussion

Anstoß für die anschließende Diskussion geben vier „Steile Thesen“:

1. *Engagierte haben in der Daseinsvorsorge nichts zu suchen.*
2. *Neues Miteinander braucht vor allem Strukturen und Wertschätzung – und nicht vorrangig Geld.*
3. *Ich kenne keine integrierte Beteiligungskultur, sondern nur Inseln guter Praxis.*
4. *Gefordert ist nicht ein Mehr an Beteiligung (Quantität), sondern vor allem eine andere Form der Beteiligung (Qualität).*

15

Alle vier Thesen erhalten im Plenum eine mehrheitliche Zustimmung. Zu den einzelnen Thesen sind folgende Kommentare der Teilnehmenden hervorzuheben:

- » *These 1: Diese These ist verkürzt. Einige Bereiche der Daseinsvorsorge (z.B. Katastrophenschutz/Feuerwehr) werden maßgeblich von Engagierten getragen.*
- » *These 2: Es wird auf die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung hingewiesen („...und dann auch Geld“).*
- » *These 4: Es gibt bereits viele Formate der Beteiligung, entscheidender sei es oft, die richtige Form der Beteiligung zu finden.*

Block 2: „Neue“ Formate für ein neues Miteinander

LAZIKN2030: Szenarien für mehr Nachhaltigkeit

Birgit Böhm, mensch und region; **Randy Haubner**, Leibniz Universität Hannover

Im Verbundvorhaben LAZIKN2030 werden Lösungsansätze für Zielkonflikte von Nachhaltigkeit in Sandersdorf-Brehna (Sachsen-Anhalt), sowie in der Samtgemeinde Barnstorf (Niedersachsen) unter Beteiligung von Jugendlichen diskutiert. In der finalen Phase des





Vorhabens wird an der Erstellung einer übertragbaren Toolbox gearbeitet, welche eine Zusammenstellung von Erfahrungen, Ergebnissen und methodischen Erkenntnissen umfassen soll.

Folgende Thesen verdeutlichen vorläufige Erkenntnisse des Projektteams:

1. *Aufgrund einer hohen Komplexität von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit ist vernetztes Denken von hoher Relevanz zur Erstellung von Lösungsansätzen.*
2. *Zur Umsetzung dieser Lösungsansätze sind Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen vor Ort notwendig.*
3. *Kooperations- und Hilfsstrukturen, sowie Handlungsmöglichkeiten für die Lösung der Zielkonflikte müssen hierarchieübergreifend etabliert werden.*
4. *Das Thema Nachhaltigkeit muss in Bildungszusammenhängen, kommunalen Politikzielen sowie im Verwaltungshandeln angemessen verankert werden.*
5. *Es müssen neue Beteiligungsformate geschaffen werden, um bürgerschaftliches Engagement zu verstetigen.*
6. *Die Bedeutung der kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung insbesondere im Hinblick auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bedürfen einer Berücksichtigung.*

Kleinstadt_gestalten: Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen

Frank Schwarzkopf, Stadtverein Weißwasser e.V.

Die Stadt Weißwasser hat es sich zum Ziel gesetzt, mehr junge Menschen in die Gestaltung des städtischen Lebens einzubinden und in diesem Zuge geeignete Formen der Beteiligung und Mitbestimmung zu entwickeln und anzuwenden. Ein durch die Fördermaßnahme finanzierter Fonds eröffnete die erforderlichen finanziellen Freiräume für Projekte von Bürger*innen und sorgte damit für eine wirksame Beteiligung an der Stadtentwicklung. Eine der zentralen Herausforderungen des Projekts war die Frage, wie Menschen vor Ort am effektivsten motiviert werden können, sich in der Stadtentwicklung zu engagieren. Nach Erkenntnissen des Projektteams konnte eine direkte Ansprache von Engagierten mit pointierten und anschaulichen Aussagen die größte Wirkung erzielen. Ein Anlaufpunkt (Koordinierungsstelle) als „Anker“ und „Austauschort“ und eine hierarchisch „von unten“ organisierte Beteiligung stellte sich als vorteilhaft heraus. Eine funktionierende Organisationsstruktur ist für nachhaltiges Bürger*innen-Engagement unumgänglich. Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass strukturelle und kulturelle Rahmenbedingungen Erfolgsfaktoren für Ko-Kreation und Miteinander in der Kleinstadt maßgeblich beeinflussen und daher von Beginn an mitgedacht werden müssen.





IN²: Kooperation zur Integration

Martina Jentsch, Institut für Technologie und Arbeit e.V.

Im Verbundvorhaben IN² (Integration Innovativ) werden in den rheinlandpfälzischen Gemeinden Gerolstein und Rockenhausen innovative Formate für eine Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft erforscht. Martina Jentsch zufolge ist die Grundidee, Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung zusammenzubringen und in Netzwerken Synergien nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck sind in den Kommunen neben mehreren Ideenwerkstätten mit Praxisakteuren auch Bustouren zu Ausbildungsbetrieben und Kulturtandems mit Menschen mit Migrationshintergrund durchgeführt worden.

Die Mobilisierung von Akteuren hat sich bei IN² teils als schwer erwiesen, da kurze Aufenthaltsdauern, insbesondere von geflüchteten Menschen, die Beteiligung erschwerten. Auch eine nachhaltige Netzwerkpflge stellte eine Herausforderung dar. Als Lösungsansätze sind vor allem transparente Kommunikation, Gleichberechtigung und Wertschätzung sowie Überzeugungsarbeit von Relevanz.

WatNu?: Entwicklung von Perspektiven für die Ortsentwicklung im Reallabor

Ernst Schäfer, ARSU GmbH

Zur Steigerung der Lebensqualität von Einheimischen und Touristen wurden im Vorhaben WatNu? wesentliche Handlungsfelder in vier Gemeinden an der Nordseeküste identifiziert und verschiedene Methoden im „Reallabor“ erprobt. Wichtig für die Beteiligung war laut Ernst Schäfer ein ansprechend gestalteter Format- und Methodenmix und eine Ansprechperson vor Ort, um dauerhaften Kontakt aufzubauen. Um zu gewährleisten, dass sich die Beteiligten abgeholt und wertgeschätzt fühlen, ist eine adäquate Vorbereitung der Formate von hoher Relevanz. Weiterhin ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wichtig, um mehr Menschen auf das Vorhaben aufmerksam zu machen und mehr Partner*innen zu gewinnen. Grenzen des Ehrenamtes müssen nach Ansicht von Ernst Schäfer stets in Betracht gezogen und einer Überforderung der Akteure entgegengewirkt werden.

Diskussion

Die Teilnehmenden diskutieren am Ende des ersten Tages in vier Table-Sessions folgende Leitfragen, die sich aus den Herausforderungen der Verbundprojekte ableiten lassen:

1. *Aushandlungsprozesse müssen gelernt werden. Gemeinsame Sichtweisen müssen gefunden werden. Wie kann dieser Prozess befördert werden?*
2. *Gefordert ist nicht ein Mehr an Beteiligung. Wir brauchen neue Formate für Neues Miteinander. Was empfehlen Sie?*
3. *Welche Rolle spielt die kulturelle Dimension in Veränderungsprozessen? Wie gehen wir mit der kulturellen Dimension in Veränderungsprozessen um?*





4. *Wie kommen wir zu einer Verstetigung in neuem Miteinander? Wer trägt/finanziert künftig die Struktur? Wie gewinnen wir Politik und Verwaltung als verlässliche Partner?*

Zentrale Ergebnisse werden am nächsten Tag vorgestellt und gemeinsam im Plenum diskutiert. Dokumentiert sind diese am Ende von Block 3.

Block 3: Miteinander zu Verstetigung und Innovation

TransformBar: Strukturen für Beteiligung und Ehrenamt

Anna Deckert, DIALOGIK gGmbH

Das Verbundvorhaben TransformBar erprobt in den Gemeinden Münsingen (Baden-Württemberg) und Treuenbrietzen (Brandenburg) kommunale Beteiligungskonzepte und deren (langfristige) Verbreitung durch eine Transferplattform (www.zukunftskommunen.de) mit Beispielen nachhaltiger kommunaler Entwicklung und Erfolgsfaktoren für die partizipative Umsetzung von Projekten. „Die Kontaktbörse für gute Ideen“ wird derzeit über die Projektlaufzeit hinaus von einer ehrenamtlichen Person weitergeführt und ermöglicht so einen längerfristigen Austausch auf der Webseite. In Treuenbrietzen wurden zu Projektbeginn Schlüsselpersonen zu zentralen Handlungsfeldern der Kommune befragt. Die Themen aus den Gesprächen bestimmten die große Bürgerbeteiligungsveranstaltung mit dem „Marktplatz der Ideen“. Nach einem anfänglich großen Beteiligungsinteresse nahm dies bei den AG-Sitzungen mit der Zeit ab und eine Umsetzung vieler Ideen fand nicht statt. Eine Befragung nach gewünschten Formaten und Verständnis von Beteiligung ergab, dass die Vorstellungen der Bürger*innen teilweise sehr unterschiedlich sind. Ein Ergebnis der Befragung sind die „Prinzipien für Bürgerinformation und -beteiligung in Treuenbrietzen“, die in der Broschüre „Du bist Treuenbrietzen“ vorgestellt und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden. Die Prinzipien umfassen Hinweise zum respektvollen Umgang und Transparenz bis hin zu Verfahrenshinweisen zur Arbeit mit Zufallsbürger*innen in besonders konfliktbehafteten Fällen. Aus den Erfahrungen mit Bürger*innenbeteiligung und Tools zur Beteiligung entstand zudem das Beteiligungshandbuch „Bürger*innen, Verwaltung, Lokalpolitik - Gemeinsam die Zukunft vor Ort gestalten“.

KoSi-Lab: Kommunale Labore sozialer Innovation

Jürgen Schultze, TU Dortmund; **Prof. Dr. Oscar Reutter**, Universität Wuppertal

In Dortmund und Wuppertal wurden in kommunalen Laboren sozialer Innovation neue soziale Praktiken entwickelt und in die Handlungspraxis umgesetzt, um gesellschaftlichen Herausforderungen entgegenzuwirken. Laut Jürgen Schultze ist der Grundgedanke von KoSi-Lab, dass gesellschaftliche Problemstellungen nur in gemeinsamer Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung gelöst werden können. Es hat sich gezeigt, dass Innovationen rein technischer Natur für eine Lösung nicht ausreichen. Es muss in die Entwicklung und den Aufbau sozialer Innovationen und Infrastrukturen investiert werden.





Während das Vorhaben in Dortmund eher einen „top-down“ Ansatz verfolgte, ist in Wuppertal nach dem „bottom-up“ Ansatz gearbeitet worden. Wichtig für die Etablierung der KoSI-Labs beider Städte war es, zu Beginn des Vorhabens ein Leitbild zu entwickeln und eine „gemeinsame Sprache“ zu finden. Im Zuge des Vorhabens wurden Akteursgruppen zusammengebracht, Kooperationen institutionalisiert, Kompetenz und Vertrauen aufgebaut sowie ein sozial-innovatives Umfeld gebildet. Für eine Verstetigung der Projektergebnisse nach Ablauf des Förderzeitraumes ist es wichtig, positive Rahmenbedingungen für die Entwicklung sozialer Innovationen aufrecht zu erhalten.

CoProGrün: Koproduktion von Grünzügen

Dr. Axel Timpe, RWTH Aachen University

Die Gestaltung zukunftsfähiger Grünzüge, als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge, wird im Ruhrgebiet im Rahmen des Verbundvorhabens CoProGrün gefördert. In Koproduktion wird, Axel Timpe zufolge, eine Zusammenarbeit von Kommunen mit der lokalen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, und der zivilgesellschaftlich organisierten Bürgerschaft auf Augenhöhe erprobt. Als besonders effizient zur Aktivierung von Akteuren hat sich eine Ansprache sektoraler Netzwerke mit spezifischen Methoden und eine intersektorale Vernetzung über „Meilenstein-Events“ erwiesen. Bei der Aktivierung landwirtschaftlicher Akteure war es hilfreich, das Gespräch an deren Arbeitsplatz zu suchen, auf Wünsche und Bedarfe einzugehen und die Menschen schnell aktiv in das Vorhaben einzubinden. Zu den gewählten Beteiligungsformaten zählte eine Ideenbörse zum ersten Austausch, Themenworkshops zur weiteren Aufbereitung der Ideen, sowie eine Projektbörse. Insgesamt sind 125 Akteure für die Beteiligung an Modellprojekten in unterschiedlichen Projektphasen aktiviert worden.

19

JuMoWestküste: Akteursnetzwerk in den Bereichen Ausbildung und Beruf

Barbara Sommer, Kreis Dithmarschen; **Gerd Schröder**, Kreis Dithmarschen

Der lokale Berufseinstieg von Schulabgänger*innen in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Pinneberg und Steinburg wird durch das kreisübergreifende Verbundvorhaben JuMoWestküste gefördert. Durch den Aufbau einer Online-Praktikumsbörse und eines Jugendmobilitätskonzeptes soll die Zusammenarbeit Schule/Wirtschaft gestärkt und die Transparenz des regionalen Arbeitsmarktes gestärkt werden sowie Fachkräfte im ländlichen Raum gewonnen respektive die jungen Menschen in der Region gehalten werden. Die anfänglichen Schwierigkeiten, wie beispielsweise die Konkurrenz zu Angeboten der Kammern oder auch die Akquisition interessierter Schulen als Multiplikatoren konnten zwischenzeitlich überwunden werden. Ausschlaggebend dafür sind die Qualität und Quantität der Plattform mit mehr als 3.400 Praktikumsangeboten von über 1.380 Unternehmen, die Schulungsangebote der Mobilitätsmanager*innen und nicht zuletzt die außerordentlich positive Resonanz aus der Wirtschaft und aus der Zielgruppe junger Menschen. Die Finanzierung und Verstetigung des kreisübergreifenden Praktikumsnetzwerks konnte nach Auslaufen des Vorhabens durch Kreistagsbeschlüsse gesichert werden.





Diskussion

In der Diskussion im Block 3 werden die zentralen Ergebnisse der vier Table-Sessions vorgestellt und im Plenum vertieft erörtert. Die Fragestellungen nach Aushandlungsprozessen (Table-Session 1) und neuen Formaten (Table-Session 2) werden gemeinsam diskutiert.

Table-Sessions „Aushandlungsprozesse“ (1) und „Neue Formate“ (2):

Aushandlungsprozesse müssen gelernt werden. Gemeinsame Sichtweisen müssen gefunden werden. Wie kann dieser Prozess befördert werden? und

Gefordert ist nicht ein Mehr an Beteiligung. Wir brauchen neue Formate für Neues Miteinander. Was empfehlen Sie?

In diesen beiden Table-Sessions wird kritisch diskutiert, ob überhaupt neue Formate gebraucht werden und wie mehr bzw. andere Menschen erreicht und Gestalter*innen beteiligt werden können.

Herausfordernd sind vor allem rechtliche Grenzen. Formate müssen insbesondere für schwer zu erreichende Bevölkerungsgruppen angepasst, individuell gestaltet und niederschwellig angesetzt werden. Beispielhaft wurde das Zufallsbürgerprinzip thematisiert. Empfehlenswert ist die Verbesserung der Strukturen für Engagement in den Kommunen, beispielsweise durch Betreuung von Ehrenamtlern oder finanzielle Wertschätzung (z.B. Geld für Freistellung, Erhöhung der Ehrenamtspauschale). Kleine Aktivitäten sollten in die große Gesamtstrategie eingebunden werden. Auch eine nur kurzfristige Beteiligung von Menschen und ein Wechsel von Akteuren muss nicht unbedingt als negativ erachtet werden. Forschungsbedarf besteht bei der Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Kontext des politischen Systems (Demokratieverständnis). Entscheidend sind Labs, welche als konstante soziale Struktur fungieren.

Kernbotschaften:

Als Ergebnis der Diskussionen lassen sich folgende Kernbotschaften ableiten:

- » *Transparenz und passende Beteiligungsformate fördern Aushandlungsprozesse.*
- » *Vorhandene Formate verstetigen, statt auf neue Formate zu setzen.*
- » *Selbstorganisation engagierter Menschen stärken.*

Table-Session „Kulturelle Dimension“ (3):

Welche Rolle spielt die kulturelle Dimension in Veränderungsprozessen? Wie gehen wir mit der kulturellen Dimension in Veränderungsprozessen um?

Die kulturelle Dimension im „neuen Miteinander“ wird bisher zu kurz gedacht. Überheblichkeit, Unbeweglichkeit und Verslossenheit sind weitere Hemmfaktoren, die es zu überwinden gilt. Austausch/Interessenausgleich auf Augenhöhe, offene Haltung, Wohlwollen und Wertschätzung sind identifizierbare Erfolgsfaktoren. Empfehlenswert ist es,





von Anfang an kulturelle Unterschiede zu bedenken, Handlungsansätze und Strategien dementsprechend anzupassen, der kulturellen Dimension (in ihrer Vielfaltigkeit) größeren Raum zu geben und kulturelle Akteure einzubinden. Grundlage ist ein gemeinsames Verständnis des Kulturbegriffes.

Kernbotschaften:

- » *Nachhaltige und gerechte Entwicklung beginnt in allen Köpfen, unabhängig von kulturellen Hintergründen.*
- » *Kultur/Vielfältigkeit treibt Innovation an.*

Table-Session „Verstetigung“ (4):

Wie kommen wir zu einer Verstetigung in neuem Miteinander? Wer trägt/finanziert künftig die Struktur? Wie bekommen wir Politik und Verwaltung als verlässliche Partner?

Fehlende Kommunikation auf Augenhöhe, ein Wechsel von (Schlüssel-)Akteuren und das Finanzkorsett der Kommunen sind zentrale Hemmfaktoren. Wichtig ist es daher, für den Prozess zu begeistern, eine gemeinsame Identität zu schaffen und Bündnisse von Zivilgesellschaft und Verwaltung zu fördern. Beispielsweise wurden in einigen Vorhaben Kümmerer-Strukturen und Bündnisse in den Kommunen auf- und ausgebaut. Empfehlenswert ist eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, den Nutzen und die Notwendigkeit der Beteiligung zu vermarkten sowie die Schaffung einer Anerkennungskultur mit niederschweligen Qualifikationsangeboten. Wichtig ist eine Grundfinanzierung (z.B. Fortführung von Webseiten, etc.), Qualifizierung und Coaching für ein langfristiges „neues Miteinander“.

Kernbotschaften:

- » *Tue Gutes und rede darüber.*
- » *Neues Miteinander braucht Anerkennung und Wertschätzung.*
- » *Nutzen und Ergebnisse, die nur Dank bürgerschaftlichem Engagement erzielt wurden, müssen viel stärker kommuniziert werden.*





Block 4: Reflexion des Themenraumes

Neue Wege für ein neues Miteinander

Hans Georg Feldbauer, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) versteht sich laut Hans Georg Feldberg als Zusammenschluss engagierter Menschen, Organisationen und Institutionen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zur Förderung bürgerschaftlicher Engagement-Strukturen. Weiterhin fungiert das BBE als Plattform für Austausch und als Impulsgeber für Innovationen sowie für nachhaltige Rahmenbedingungen und Infrastrukturen der Engagement-Förderung.

Für ein zukunftsfähiges neues Miteinander ist, Hans Georg Feldbauer zufolge, eine breite Allianz an Menschen gefragt. Sehr hilfreich ist die Gewinnung von Schlüsselfiguren, insbesondere aus Verwaltung und Politik, welche verlässliche Strukturen schaffen können. Engagement kann nicht verordnet werden. Es können jedoch effektive Anreize durch den Aufbau von positiven Rahmenbedingungen und Engagement-Infrastrukturen geschaffen werden. Diese sollten individuell auf die Ausgangslage der jeweiligen Regionen angepasst sein. Eine differenzierte Bestandsaufnahme vor Prozessbeginn ist daher sinnvoll. Zur Aktivierung von Akteuren sollten Menschen dort abgeholt werden, wo sie sind. Es sollten Orte der (regelmäßigen) Begegnung für Ehrenamtler*innen angeboten und an „Runden Tischen“ diskutiert werden. Maßgeblich ist es, die Entwicklung eines Selbstverständnisses der Beteiligten zu fördern und gemeinsame Identitäten durch den Aufbau von Netzwerken zu schaffen. Wie alle Beiträge in dem Themenraum gezeigt haben, braucht es viel Geduld, denn die Entwicklung und Verstetigung eines „Neuen Miteinanders“ brauchen ihre Zeit.





Themenraum: „Neue Strukturen“

Neue Organisations- und Finanzierungsmodelle für kooperative Angebote der Daseinsvorsorge

Einleitung

Angesichts der Herausforderungen durch den demografischen Wandel entwickeln und erproben die Vorhaben in „Kommunen innovativ“ neue Organisations- und Finanzierungsmodelle für soziale, kulturelle und technische Angebote der Daseinsvorsorge, für Nahversorgungs- und Mobilitätsangebote, aber auch zur Gestaltung lebenswerter Ortszentren.

Zum einen liegt ein Fokus der neuen tragfähigen und zukunftsweisenden Organisationsstrukturen auf der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure in den Städten und Gemeinden, d.h. auf der langfristigen Kooperation von öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Hier nehmen vor allem Bürger*innen eine aktivere Rolle ein. Aufgegriffen wird ihr Interesse, Maßnahmen und öffentliche Angebote mit zu erstellen. Dabei entstehen Strukturen neuer Verantwortungen, in denen sich unterschiedlich organisierte Bürger*innen mit den Kommunen und ggf. potenziellen Partnern aus der Wirtschaft zusammenschließen, um vor Ort Versorgungslücken zu schließen und die Bedarfe zu decken.

Zum anderen setzen einige „Kommunen innovativ“-Verbundvorhaben an einer kommunenübergreifenden Kooperation an. In Verbänden mit mehreren Kommunen wird untersucht und erprobt, wie und mit welchen neuen kommunenübergreifenden Strukturen Siedlungsflächen und Infrastruktur künftig gemeinsam abgestimmt und konzentriert entwickelt werden können.

Moderation: **Dr. Stephanie Bock** und **Julia Diringer**, Deutsches Institut für Urbanistik

Block 1: Eröffnungsvortrag

Kooperationen zur Sicherung der Daseinsvorsorge in Kommunen: Strukturen und Prozesse zusammen weiterdenken

Jan Hendrik Trapp, Deutsches Institut für Urbanistik

Mit seinem Vortrag führt Jan Hendrik Trapp in den Themenraum „Neue Strukturen“ ein und skizziert Kooperation und Koproduktion sowohl zwischen Kommunen als auch zwischen Kommunen und Akteuren der Zivilgesellschaft.





Der demografische Wandel wirke sich auf Infrastruktur und Angebote der Daseinsvorsorge aus. Unter- und Überlastung von Infrastrukturen, deren finanzielle Tragfähigkeit, die zum Teil geringen finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sowie – vor allem in den eher ländlichen Regionen - weniger Menschen, die sich im Gemeinwesen einbringen können, stellen die Städte und Gemeinden vor Herausforderung bei der Sicherung der Daseinsvorsorge. Neue Formen von Kooperation und Koproduktion von Kommunen, Wirtschaft und den Menschen vor Ort können Lösungen bieten, um die Daseinsvorsorge zukunftsfähig zu gestalten.

Gemeinsam mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft werden deshalb bereits heute Angebote in den Bereichen Soziales, Bildung und Ausbildung, Sport, Kultur, Jugend, Senioren, Integration und Stadtteilarbeit gemeinschaftlich organisiert. Um solche koproduktiven Ansätze weiter zu stärken gilt es zu prüfen, welche kommunalen Aufgabenfelder sich besonders eignen, welche Rolle die Kommunen hierbei übernehmen und wie Bürger*innen für das (langfristige) Engagement in der eigenen Kommune gewonnen werden können.

Interkommunale Kooperation, bei der sich Kommunen zusammenschließen, um in bestimmten Handlungsfeldern, z.B. im Bereich technischer Infrastruktur, aufgabenbezogen Leistungen zu erbringen, sei in Teilen bereits gängige Praxis. Interessant werde es, wenn interkommunale Kooperation „zusammen weiter gedacht“ werde und sich Gemeinden bei der Problemlösung gegenseitig praktisch unterstützen, Dienstleistungen gemeinsam erbringen und Arbeitsabläufe und -strukturen vorausschauend optimiert und miteinander abgestimmt werden. Dadurch könnten Effizienzgewinne und Synergieeffekte gehoben, Zielkonflikte identifiziert und Spielräume für Neues herbeigeführt werden.

Auch wenn sich die Kooperationsformen – interkommunal oder mit der Zivilgesellschaft – zunächst unterscheiden, weisen sie die gleichen Erfolgsfaktoren auf. Es brauche vor allem Vertrauen zu den (neuen) Partnern, Klarheit über die Ziele der Kooperation, (offene und häufige) Kommunikation und sich ergänzende Ressourcen.

In seinem Fazit weist Jan Trapp darauf hin, dass es sich jeweils um lokal angepasste Lösungen handele, für die sich die Partner Zeit nehmen und lassen müssen. Jede Kooperation setze Augenhöhe, Freiwilligkeit und Vertrauen voraus. Außerdem seien neue Kooperationen als Experimente zu verstehen, bei denen man Neues miteinander erproben und Fehlschläge einkalkuliert werden sollten.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wird darauf hingewiesen, dass zwischen kommunalen „Pflicht-“ und „Kür-Aufgaben“ unterschieden werden müsse. Zu Bedenken wird in diesem Zusammenhang gegeben, dass eine Liberalisierung oder Privatisierung von Pflichtaufgaben wie der Elektrizitätsversorgung nicht verfolgt werden dürfe, da nur die öffentliche Hand das Erreichen gesellschafts- und umweltpolitischer Ziele garantieren könne. Dies gelte auch für die Sicherstellung der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen. Ein





privates Unternehmen dürfe die Basisaufgaben der Kommune auf keinen Fall übernehmen. Auf Nachfrage erläuterte Jan Trapp, dass sich Zeitnehmen und Zeitlassen auf Vertrauensaufbau, Netzworkebildung und Basisfindung in der Kooperation beziehe. Die Erfahrung habe gezeigt, dass ansonsten der Aufbau einer Kooperation nur schwer möglich sei. Betont wird, dass eine Fördermaßnahme wie „Kommunen innovativ“ den zu Beginn notwendigen Rahmen schaffe, um solche Prozesse anzustoßen, da sie die erforderlichen Ressourcen – personell und finanziell – bereitstelle.

Block 2: Übertragbare Ideen und Impulse – Vorstellung der Ergebnisse der Verbundvorhaben

Mit sieben aufeinanderfolgenden vierminütigen Pitches wird ein Überblick über die Forschungsergebnisse der Verbundvorhaben gegeben. Auf vier Folien wird das zu lösende Problem in der Kommune, der Lösungsansatz, die wichtigsten (Zwischen-)Ergebnisse und offen gebliebene Fragen vorgestellt.

KuDeQua: **Dajana Schlieter**, Institut Arbeit und Technik

Das Verbundvorhaben KuDeQua zielt darauf, in zwei Dortmunder Quartieren Bedarfe der Bewohner*innen neu zu organisieren und zu finanzieren. Dafür erforscht das Projekt alternative Finanzierungsmodelle und die Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft.

25

KoDa_eG: **Florian Wernicke**, AGP Sozialforschung & Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)

Ziel des Verbundvorhabens KoDa_eG ist es, mit der Genossenschaft ein Modell weiterzuentwickeln, das die Verantwortung für die Daseinsvorsorge weder auf das Ehrenamt noch auf den freien Markt abschiebt. Genossenschaften sollen soziale, kulturelle und wirtschaftliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Kommen zu bewältigen helfen.

DeWaK: **Canan Çelik**, RWTH Aachen University

Im Verbundvorhaben DeWaK werden neue Organisations- und Finanzierungsmodelle für soziale Einrichtungen entwickelt und erprobt. Am Beispiel eines Nachbarschaftszentrums in der Stadt Wetter/Ruhr und eines „Zentrums für soziale Integration“ in der Stadt Herten bilden der Umgang mit unterschiedlichen kommunalen Interessenslagen und das Schaffen von Verbindlichkeiten mit den Partnern einen Fokus.

Bürgerfonds: **Dr. Uwe Ferber**, StadtLand GmbH

Das Verbundvorhaben Bürgerfonds entwickelte ein Fondsmodell, welches bürgerschaftlichen Initiativen Zugang zu Kapital für den Erwerb von Immobilien ermöglicht. Zudem erhalten die bürgerschaftlichen Initiativen Beratung bei der Planung und Durchführung der Bauvorhaben, sodass fehlendes Know-how unterstützt wird.





KIF: Dr. Marta Jacuniak-Suda, Landkreis Nienburg/Weser

Das Prinzip „Innen- vor Außenentwicklung“ wird im Verbundvorhaben „KIF“ verfolgt. Die Verbundpartner entwickelten ein kommunenübergreifendes Fondsmodell, welches die Finanzierung von Maßnahmen der Innenentwicklung ermöglicht. Der Fonds ist selbstfinanziert und basiert auf einem freiwilligen Zusammenschluss der beteiligten Kommunen.

lebensWert: Dr. Jutta Deffner, Institut für sozial-ökologische Forschung

Im Verbundvorhaben lebensWert zielen die Verbundpartner in der Modellregion des Werra-Meißner-Kreises in drei Handlungsfeldern –Wohnung und Haushalt, Nahversorgung und Abwasserbeseitigung – darauf, handlungsfeld- und kommunenübergreifende Formen der Zusammenarbeit zu initiieren. Um Angebote der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten, ist eine übergreifende Koordinationseinheit erforderlich.

KOMET: Ute Bönisch, Landratsamt Ilm-Kreis

Der Ilm-Kreis kämpft seit den 90er Jahren mit dem Bevölkerungsrückgang und den Folgen mit Blick auf Leerstand und Fachkräftemangel. Um neue Ideen und Maßnahmen in der kommunalen Entwicklung umzusetzen, setzt das Vorhaben KOMET auf Information und Sensibilisierung für das Thema und interkommunale Aktivierung und Vernetzung mittels neuer Formate.

Fish-bowl: (Wie) können kooperative Angebote der Daseinsvorsorge in Kommunen verankert werden?

Die Diskussion konzentriert sich zunächst auf das Zusammenwirken von Kommunen und Zivilgesellschaft. Diese Kooperation wird von den Diskutant*innen als Chance für die Städte und Gemeinden gesehen. Durch ein Lernen von- und miteinander könnten beide Partner voneinander profitieren. Dabei handle es sich immer um einen Prozess, der sich entwickle und der von der Teilnahme verschiedener Akteure lebe. Benötigt werden Kooperationen, die sich über einen langen Zeitraum positiv in der Daseinsvorsorge bemerkbar machen.

Der Frage, ob es erst den Druck des demografischen Wandels brauche, um neue Kooperationen einzugehen, stimmen die Beteiligten der Vorhaben nur bedingt zu. Die Drohkulisse des demografischen Wandels sei für eine Kooperation mit der Zivilgesellschaft nicht allein ausschlaggebend. Vielmehr wird festgestellt, dass diese Kooperationen vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher regionaler Problemlagen sinnvoll und bedeutend seien. Auch bezogen auf interkommunale Kooperationen bedeute der Druck des demografischen Wandels nicht automatisch, dass sofort gehandelt werde. Diese Ausgangslage befördere jedoch das Kennenlernen anderer Kommunen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion geht es um die Rolle der Kommune bei der Verstärkung neuer (kooperativer) Ansätze. Die Diskutant*innen sind sich einig, dass Verstär-





gung eine zentrale Herausforderung sei. Im Verbundvorhaben KOMET wurde festgestellt, dass ein kommunaler Koordinator vor Ort, der Bezug zur Region und dem Projekt hat, ein zentraler Baustein für den Verstiegungserfolg sei. Angesichts des Fachkräftemangels sei es allerdings schwer, die Position des Koordinators in den Kommunen zu besetzen. Auch im Verbundvorhaben DeWaK gibt es positive Erfahrungen mit der Einrichtung einer Stelle für die Netzwerkarbeit. Diese Stelle wird im Anschluss an den Förderzeitraum aus dem kommunalen Haushalt finanziert. Um Verstiegung auf den Weg zu bringen brauche es vor allem auch den Willen der Akteure aus Kommunalverwaltung und -politik. Hier Interesse herzustellen und Bereitschaft zu stiften, sei eine wichtige Aufgabe während der Projektlaufzeit.

Die Teilnehmer*innen der Fish-bowl diskutieren zudem über die Herausforderungen und Konsequenzen der vergleichsweise kurzen Zeiträume der Projektförderung (oftmals max. drei Jahre). In dieser Projektlaufzeit sei es kaum realistisch, ein Projekt langfristig zu verstetigen. Vor allem zu Beginn der Projekte werde viel Zeit darauf verwendet, ein Netzwerk aufzubauen und Vertrauen unter den neuen Partnern herzustellen. Die Frage, ob die Projekte auch ohne eine Fördermaßnahme entstanden wären, wurde verneint. Nach Einschätzung des Verbundvorhabens KOMET sei es kaum realistisch, dass Kommunen, die bereits mit Alltagsaufgaben überlastet seien, auch noch eigenständig innovative Instrumente zur Daseinsvorsorge entwickeln und erproben. Für solche Prozesse brauche es einen externen Impuls und finanzielle Unterstützung. Die Maßgabe einer „schwarzen Null“ im Haushalt mache eine kommunale Initiierung solcher Projekte unmöglich.

Eine Einschätzung der Übertragbarkeit der Ergebnisse erweist sich, so die Beiträge in der Diskussion, als schwierig. Eher kleinteilige Maßnahmen, wie beispielsweise Mitfahrbänke, könnten von anderen Kommunen eher leichter übernommen werden. Komplexere Ansätze, die zudem regionalspezifische Ausgangslagen berücksichtigen, seien dagegen nicht „1-zu-1“ übertragbar. Dennoch wird festgehalten, dass vor allem Erfahrungen aus der Entwicklung neuer Organisationsformen wichtige Lerneffekte auch für andere Kommunen aufweisen.

Block 3: Neue Strukturen mit der Zivilgesellschaft

Bürgerlich getragene Finanzierungs- und Organisationsmodelle im Bereich der Daseinsvorsorge

KuDeQua: Bürgerschaftlich getragene Dienstleistungen im Quartier

Dajana Schlieter, Institut Arbeit und Technik

Kerstin Jochimsen, NRW.Bank

Im Verbundvorhaben KuDeQua werden Finanzierungs- und Organisationsmodelle für quartiersbezogene Dienstleistungen und Versorgungsangebote entwickelt und erprobt, um damit auf entsprechende Defizite in zwei Dortmunder Quartieren zu reagieren.





Ausgehend davon, dass es sich bei Quartiersprojekten der Zivilgesellschaft zumeist um kaum oder un-rentierliche Projekte handelt und für diesen Projekttyp bislang nur wenige Finanzierungsinstrumente vorliegen, befasst sich das Vorhaben mit (neuen) lokal angepassten Finanzierungsmodellen und Kooperationsformen. Gesucht werden neue Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Existenzgründungen im Bereich quartiersbezogener Dienstleistungen, reflektiert wird die dabei von der Kommune zu übernehmende Rolle. Dies reicht von der Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur über die Übernahme von Beratungs- und Moderationstätigkeiten und der Initiierung breiter Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren bis zur stärkeren Berücksichtigung von Sozial- und Raumunternehmen und einer intensiveren Kooperation von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung.

Ganz konkret entwickelte KuDeQua darauf aufbauend ein Konzept für einen multifunktionalen Raum, in dem verschiedene Angebote für das Quartier unter einem Dach angeboten werden sollen. Dieses Konzept konnte bisher aufgrund fehlender Räumlichkeiten sowie fehlender Akteure nicht umgesetzt werden.

Diskussion

In der Diskussion wird die Rolle der Wirtschaftsförderung bei der Umsetzung von Quartiersprojekten angesprochen. Da sie innovativer sei und gern neue Wege gehe, könnte hier ein wichtiger Ansatzpunkt liegen, um kleinere Quartiersprojekte stärker zu unterstützen. Diese Einschätzung wird bestätigt mit dem Hinweis, dass die Wirtschaftsförderung im Bereich „Soziale Innovation“ auch Projekte unterstütze, die wirtschaftlich wenig rentabel seien. Diskutiert wird zudem die Bedeutung von Genossenschaften als Trägermodell für die Projektideen von Gründer*innen. Auf Nachfrage erläutert das Projekt, dass ein Ziel in der Begleitung und Unterstützung von Existenzgründer*innen bei der Akquise von Fördergeldern liege. Da Projekte der Daseinsvorsorge eher unrentabel seien müssten Weg gefunden werden, um Menschen und Kommune bei der Umsetzung quartiersbezogener Dienstleistungen zu unterstützen.

KoDa eG: Daseinsvorsorge in Bürgerhand

Thomas Hann, AGP Sozialforschung & Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)

Das Verbundvorhaben KoDa_eG sucht mit der Vorbereitung exemplarischer Genossenschaftsgründungen in vier bundesweiten Pilotkommunen nach einer für Bürger*innen und Kommunen attraktiven, wirtschaftlich tragfähigen, kommunale Verantwortlichkeiten berücksichtigenden sowie demokratische Strukturen sichernden Weise nach neuen Wegen der Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Dabei wird auf das Konzept der Bürgergenossenschaft gesetzt. Die Besonderheit von KoDa eG besteht in der hybriden Konzeption der Bürgergenossenschaften, die zugleich unterschiedliche Aufgaben unter einem Dach verbinden sollen z.B. Energie- und Nahversorgung, Pflege und Begleitung, Mobilität oder Kultur. Herausgestellt wird, wie voraussetzungsreich die hybride Organisation von Bürgergenossenschaften ist. Sie benötigt eine stabile kommunale





Governance, fachlichen und administrativen Sachverstand sowie eine Rückbindung in die örtliche Bevölkerung, Wirtschaft und Kommunalpolitik.

Diskussion

Lebhaft diskutiert werden die mit dem Modell einer hybriden Genossenschaft verbundenen Implikationen. Gefragt wird nach der Rolle der öffentlichen Hand im Rahmen von Bürgergenossenschaften. Kommunen seien in der damit verbundenen horizontalen Struktur für die Rahmensetzung zuständig. Angemerkt wird, ob ein solches genossenschaftliches Model sich eigne, um alle Milieus einzubeziehen. Es spreche eher spezifische gesellschaftliche Milieus an, dies könne aber nicht als grundsätzliches Argument gegen Bürgergenossenschaften herangezogen werden.

Block 4: Neue interkommunale Strukturen

Interkommunale Organisations- und Finanzierungsansätze zur Sicherung der Lebensqualität vor Ort

KIF: Interkommunale Fonds zur Innenentwicklung

Dario Gödecke, Universität Göttingen

Im Verbundvorhaben KIF entwickeln die Projektpartner*innen einen kommunalen Innenentwicklungsfonds, der eine nachhaltige Siedlungsentwicklung unterstützen und zukunftsfähige Standorte sichern soll. Der Fonds wird von den beteiligten Kommunen eigenverantwortet, selbstorganisiert und eigenfinanziert. Die Mittel des KIF setzen sich aus Beiträgen der Gemeinden (nach Steuerkraft und Einwohnerzahl), einer Kreisumlage in Höhe von 1% und eventuell Fördermitteln des Landes Niedersachsen zusammen. Die Auswahl der zu finanzierenden Projekte erfolgt durch ein Bewertungsgremium anhand von übergeordneten und gemeinsam entwickelten Kriterien. Mit diesem Modell werde Neuland betreten. Besondere Herausforderungen liegen in dem notwendigen individuellen Zuschnitt, dem Aufbau von Vertrauen unter den mitwirkenden Kommunen, den verzögerten Wirkungseffekten und der Tatsache, dass nicht jede Kommune sofort „zum Zug“ kommt.

Diskussion

Gefragt nach den Bedingungen für die Entwicklung eines solchen Fonds wird auf die Sensibilisierung der potenziellen kommunalen Partner und das Vertrauen untereinander als essenzielle Voraussetzung verwiesen. In anderen Programmen, wie bspw. dem NRW Strukturförderprogramm, werde die Erfahrung gemacht, dass die Auswahl der zu fördernden Projekte nicht immer einfach sei, da die Entscheidungsprozesse oftmals politisch motiviert seien. Die Kommunen in KIF haben das Bewertungsverfahren gemeinsam diskutiert und während des Prozesses überarbeitet, so dass dieses Vorgehen nicht befürchtet werde. Ob das Modell des KIF auch für Themen jenseits der Innenentwicklung angewendet werden könne, müsse noch diskutiert werden. Welche Projekte unter In-





nenentwicklung fallen, könne je nach Zusammenschluss der Kommunen definiert werden. Die Laufzeit von fünf Jahren erscheine zu kurz, da es länger dauere, bis sich die Wirkungen eines fondsfinanzierten Projekts entfalten.

LebensWert: Sektorenübergreifendes interkommunales Entwicklungsmanagement

Dr. Jutta Deffner, Institut für sozial-ökologische Forschung

Im Verbundvorhaben LebensWert wird das Modell eines sektorenübergreifenden und interkommunalen Entwicklungsmanagements entwickelt und erprobt, mit dem eine gemeinschaftliche Erbringung der (kommunalen) Daseinsvorsorge möglich sein wird. Weiterentwickelt werden die bislang vorwiegend aufgabenbezogenen Kooperationen im Bereich der Daseinsvorsorge. Die organisatorische Zusammenführung der interkommunalen Kooperation in den Bereichen Wasser, Wohnen und Nahraum führe zur Effizienzverbesserung bei Aufgaben der Daseinsvorsorge, verbessere den Interessensausgleich, baue Konkurrenzdenken zwischen den beteiligten Gemeinden ab und befördere gegenseitige Unterstützung. Die Herausforderung für die neuen Kooperationen liege vor allem darin, sich auf das „Neue“ einzulassen und bestehende Strukturen weiterzuentwickeln.

Diskussion

Auf die Frage nach der Einschätzung der für die Aktivierung notwendigen Ressourcen wird auf deren im Vergleich zu KIF größeren Umfang verwiesen, der auf den grundsätzlichen Aufbau neuer Kooperationsstrukturen und die fehlenden Kooperationserfahrungen zurückgeführt werde. Es wurde viel Zeit investiert, um mit allen Akteuren ins Gespräch zu kommen. Diskutiert wurde die Bedeutung zentralörtlicher Festlegungen. Auf der einen Seite übernehmen Zentren wie Eschwege Aufgaben des Managements und kleinere Gemeinden könnten auf ihre Fachkräfte und Kompetenz zurückgreifen. Auf der anderen Seite könne eine Zentralörtlichkeit eine Diskussion auf Augenhöhe erschweren.

30

Block 5: Reflexion des Themenraumes

Prof. Dr. Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg

Seine abschließende Reflexion des Themenraumes beginnt Prof. Dr. Peter Dehne mit dem Hinweis, dass die thematische Vielfalt der vorgestellten Projekte für die unzähligen Möglichkeiten stehe, mit denen auf die Auswirkungen des demografischen Wandels mit dem Ziel einer zukunftsfähigen kommunalen Entwicklung reagiert werden könne. Dabei unterscheidet er zwei Typen von Projekten: Projekte, in denen konkrete Instrumente entwickelt, in Kommunen getestet und weiterentwickelt werden, und Projekte, in denen vor Ort Prozesse mit einer großen Bandbreite an Akteuren angestoßen werden, um gemeinsam Ideen für die Stadt oder Gemeinde zu entwickeln. Es zeige sich, dass es bei letzteren erheblich schwerer falle, eindeutige Ergebnisse zu erkennen, da die Prozesse innerhalb dieser Vorhaben so zeitintensiv ausfallen, dass die inhaltlichen Themen eher nachgeordnet bearbeitet werden können.





Der Start und das Ende seien mit Blick auf den Erfolg eines Projektes besonders bedeutende Phasen. Beim Projektstart komme es darauf an, die richtigen Partner für die Umsetzung des Projekts zu finden und alle „unter einen Hut“ zu bringen. Mit Blick auf das Projektende sei es wichtig, dass sich in den Modellkommunen Personen finden, die Verantwortung für die Verstetigung des Projekts übernehmen. Dies könne nur gelingen, wenn sich die Verantwortlichen das Projekt angeeignet und eine Haltung zum Projekt entwickelt haben. Dabei haben die Beiträge der Projekte und die Diskussionen gezeigt, dass eine Laufzeit von zwei bis drei Jahren für solche zeitintensiven Prozesse deutlich zu kurz ist.

Die Diskussionen haben auch gezeigt, so seine weiteren Ausführungen, dass der Schritt aus den Reallaboren in die Anwendung eine besondere Herausforderung darstelle. Die gewählte Sprache, eine Debatte auf Augenhöhe und die Rollenverteilung unter den Projektpartnern seien ausschlaggebend für diesen Übergang. Wichtig sei zudem, dass sich die Wissenschaft im Laufe des Forschungsprozesses langsam zurückziehe, sodass die Verantwortung von den Kommunen übernommen werden könne.

Professor Dr. Peter Dehne zieht das Fazit, dass die Verbundvorhaben in den Modellkommunen Impulse setzen können, die es ohne Förderung nicht gegeben hätte. Nichtsdestotrotz sei der entscheidende Punkt, wie es danach weitergehen kann. Noch könne die Frage nicht abschließend beantwortet werden, ob die neuen Lösungen anwendbar seien und sie die Lebensqualität tatsächlich verbessern.





Themenraum: „Neues Wissen“

Vom Datenmanagement zu Verständnis und Entscheidungen

Einleitung

Kommunen stehen zunehmend vor komplexen Herausforderungen. Tragfähige Strategien und Instrumente für eine nachhaltige Stadtentwicklung können daher nur dann entwickelt werden, wenn den Akteuren die Ausgangslage bekannt ist, Wirkungsketten verstanden und die Folgen von Handlungsoptionen abgeschätzt werden können. Daher entwickeln Kommunen und Wissenschaft in „Kommunen innovativ“ neue Ansätze zum Umgang mit Wissen und Informationen.

Sie erarbeiten und erproben Werkzeuge, um aus verschiedenen Datenquellen belastbare Informationen zu Bevölkerungsbewegungen, Wohnbauentwicklung oder der Auslastung von Infrastrukturen zu gewinnen. Dieses Wissen muss für unterschiedliche Akteurskreise passend aufbereitet werden, um ein Problembewusstsein zu schaffen und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Erprobt werden daher auch neue Wege wie z.B. Visualisierungstechniken, um Daten und Informationen vermitteln zu können.

Um die Folgen aktueller Entscheidungen auf die künftige Entwicklung abzusehen, modellieren die Verbundvorhaben darüber hinaus Wanderungsbewegungen, verhandeln in neuen Formaten, wie Planungen und Vorhaben unterschiedlicher Akteure zusammengedacht werden können oder entwickeln ein Bewusstsein dafür, aus erfolgreichen Modellen übertragbare Strategien abzuleiten. Durch gut aufbereitete und umfangreiche Datensätze werden Kommunen handlungsfähiger und effizienter in der Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Gemengelage unterschiedlicher, sich gegenseitig beeinflussender Faktoren wird durchsichtiger, sodass der richtige Schritt zu konkreten, optimierten Maßnahmen einfacher gefunden werden kann.

All diese Ansätze verbinden übergreifende Fragen: Wie kommt man von Daten zum Wissen? Wie kann das „Ertrinken im Datenmeer“ verhindert werden? Wie können die Ergebnisse zielgruppengenaue vermittelt werden? Wie tragen Daten dazu bei, Innovationen zu entwickeln?

Moderation: Jan Abt, Deutsches Institut für Urbanistik und Lutke Blecken, Institut Raum & Energie





Block 1: Eröffnungsvortrag

Big Data für die kommunale Planung

Katharina Schüller, STAT-UP Statistical Consulting & Data Science GmbH

Katharina Schüller zeigt in ihrem Eröffnungsvortrag auf, dass der wirkungsvolle Umgang mit neuen Datenmengen der Digitalisierung mehr ist, als einzelne gute Ideen für Anwendungsfälle. Sie verdeutlicht die strategische Bedeutung, der Datenarbeit ein ganzheitliches Konzept zugrunde zu legen, das in einer kommunalen Datenstrategie mündet und Datenkompetenz als zentralen Erfolgsfaktor beinhaltet.

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die fortschreitende Digitalisierung, die beinhaltet, dass die reale Welt zunehmend in eine virtuelle abgebildet und durch Daten repräsentiert wird – und daraus wieder Schlüsse auf die reale Welt gezogen werden. In diesem Abbildungsprozess muss es gelingen, reale Probleme systematisch zu strukturieren, zu messen und zu analysieren sowie die Ergebnisse zu interpretieren und richtige Handlungsoptionen abzuleiten. Dabei ist Stadtentwicklung mit ihren gesellschaftlichen Auswirkungen besonders gefordert, sorgsam vorzugehen: Ein ungenügendes oder falsch interpretiertes Datenbild führt zu Entscheidungen, die auf vielfältige Weise das städtische Leben prägen – etwa in Hinblick auf Zugänge zu Mobilität und Infrastruktur oder im Umgang mit Risikoversorge.

Datenkompetenz beeinflusst maßgeblich die Qualität der datenbasierten Entscheidungsfindung und umfasst den kompletten Prozess, aus Daten Handlungsoptionen zu entwickeln. Dabei geht es um das Zusammenspiel von vier zentralen Rollen, nämlich des Datenexperten (Was kann ich mit den Daten machen?), des Fachexperten (Was will ich mit den Daten machen?), des Datenschützers (Was darf ich?) und des Datenethikers (Wie ist der moralische Umgang mit den Daten zu bewerten?). Datenkompetenz ist somit nicht nur ein individueller, sondern auch ein institutioneller Wert: Es ist nicht nur der einzelne (kommunale) Mitarbeiter dafür verantwortlich, im Umgang mit Daten eine entsprechende Sorgfalt und Wertehaltung anzuwenden, sondern die gesamte Institution muss sich einer Datenkultur bewusst werden, Arbeitsabläufe anpassen und Strukturen schaffen. Die verschiedenen Rollen machen auch deutlich, dass der kommunale Umgang mit Daten zunehmend professionalisiert werden muss und die damit verbundenen Aufgaben nicht „nebenher mitgemacht“ werden können. Datenmanagement ist in der Kommune als eigener Wertschöpfungsprozess zu begreifen.

Dies gilt umso mehr, da sich gleichzeitig der gesellschaftliche Umgang mit Daten ändert. Es findet auf Bürgerseite eine Art der „Datenemanzipation“ statt: Immer mehr Menschen haben die Möglichkeit (und den Wunsch), Daten einzusehen, auszuwerten, darüber zu diskutieren und auf eine datenbasierte Stadtentwicklung Einfluss zu nehmen. Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Kommune zunehmend, dass vorliegende





Daten zielgerichtet in der Stadtentwicklung genutzt werden – hier geben privatwirtschaftliche Akteure wie Google, Apple und Amazon das Tempo vor und prägen die Erwartungshaltung in der Bevölkerung.

Datenorientierung und Digitalisierung werden somit zu einer umwälzenden Rahmenbedingung für kommunales Handeln. Sie sind nicht auf die Statistikstelle der Verwaltung begrenzt, sondern durchdringen alle Bereiche. Das SmartCity Impulspapier des DIN fasst dies treffend zusammen: „Die Kommune von morgen ist nicht nur die Kommune von heute mit einer Portion Digitalisierung. Digitalisierung dringt in viele kommunale Handlungsfelder ein. Sie lässt sich auch nicht wegbeschießen.“

Damit wird eine kommunale Datenstrategie unumgänglich. Ausgehend von einer Vision (wo wollen wir hin?) müssen für unterschiedliche kommunale Aufgabenfelder die Ausgangssituation erfasst, spezifische Zielbilder definiert und daraus schrittweise Maßnahmen entwickelt werden. In seiner Durchdringung aller kommunalen Handlungsfelder bedeutet dies eine umfassende Verwaltungsmodernisierung und einen breiten Change-Management-Prozess für deutsche Städte und Gemeinden.

Diskussion

In der Diskussion wird unter anderem der Aspekt des Datenschutzes thematisiert, mit dem alle Projekte des Themenraums umgehen mussten. Deutlich wird, dass die ethische Haltung beim Umgang mit Daten nicht nach einer Verwertungslogik rational begründet werden kann, sondern nach anderen Prinzipien gebildet wird. Der eigene Wert des Datenschutzes ist gemäß der vier erforderlichen Rollen nicht gegenüber anderen Interessen auszuspielen – die Reichweite des Datenschutzes letztlich aber ein Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses.

In diesem Zusammenhang wird auch der transparente Umgang mit den erhobenen Daten diskutiert – und in den Diskussionen zu den einzelnen Projektergebnissen immer wieder aufgegriffen. Die Frage nach der Transparenz von Daten oder Ergebnissen ist dabei stets zweischneidig: Einerseits werden Daten von der öffentlichen Hand oft frei zur Verfügung gestellt und von privatwirtschaftlichen Akteuren weiterverwendet, die wiederum ihre eigenen Daten nicht zugänglich machen. Hieraus entsteht ein Ungleichgewicht zwischen öffentlichen und privaten Akteuren. Andererseits ist die politische Wirkkraft von Daten und Prognosen von Bedeutung, wobei sich u.U. unterschiedliche Ziele gegenüberstehen. Mitunter wird Transparenz durch Verwaltung oder Politik vermieden, weil Aussagen politisch nicht opportun erscheinen oder Zielvorgaben nicht bestätigen. Zudem wirkt Transparenz in einigen Fällen als self-fulfilling-prophecy kontraproduktiv, so dass ein vertraulicher Umgang mit Daten notwendig ist, um die Handlungsfähigkeit der Kommune zu wahren. Ein Beispiel sind rückläufige Prognosen zu Schüler-





zahlen, deren negative Entwicklung durch darauf reagierende Elternentscheidungen verstärkt werden kann.

Mit Blick auf die Kommunen wird der größte Nachholbedarf im Bereich der Datenkultur gesehen. Die Bereitschaft, Daten als Mittel der Handlungsfindung zu akzeptieren, hat sich noch nicht überall etabliert. Auch das ressortübergreifende Zusammenarbeiten ist in vielen Kommunen noch eine Herausforderung.

Block 2: Wissen gewinnen – Daten zur kommunalen Entwicklung zusammenführen und auswerten

KomMonitor: Monitoring für fachübergreifende Stadtplanung

Dr. Christian Lindner, Stadt Essen

Um aktuelle Fragen der Stadtentwicklung möglichst schnell, bedarfsgerecht und auf aktuellen Daten basierend zu beantworten, wurde für die Stadt Essen mit „KomMonitor“ ein kommunales Monitoring-System entwickelt. Das Tool soll Unterstützung bei kommunalen Planungs- und Entwicklungsprozessen leisten und als Werkzeug für die unterschiedlichen Fachbereiche der Stadt dienen. KomMonitor ist GIS basiert und stellt die Daten sowohl im räumlichen als auch im zeitlichen Kontext dar. Das browserbasierte Tool erzeugt anhand von Indikatoren bewertende Aussagen und visualisiert diese in Karten und Diagrammen. Die Indikatoren wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachbereichen für die Themenfelder Demografie, Soziales, Wohnen und Umwelt entwickelt. Die Daten werden, möglichst automatisiert, aus den verschiedenen Fachstellen zusammengeführt.

Das System stellt die Daten auf verschiedenen räumlichen Ebenen dar. So lassen sich Aussagen auf Bezirks-, Stadtteil-, Stadtviertel- und Wohnviertelebenen treffen. Somit lassen sich unterschiedliche Gebiete miteinander vergleichen, mögliche Defizite erkennen, die zeitliche Entwicklung nachvollziehen, Prognosen erzeugen oder sogenannte „Was-Wäre-Wenn“-Szenarien erstellen, in denen sich die Gewichtung der unterschiedlichen Indikatoren jederzeit anpassen lässt.

Bei KomMonitor handelt es sich um eine OpenSource-Software, die nach Ende des Projekts bereitgestellt werden soll. Das System wurde in erster Linie als kommunale Anwendung konzipiert. Es besteht jedoch die Möglichkeit einer community-basierten Weiterentwicklung.





WebWiKo: Management- und Prognosetools für die Stadtentwicklung

Sebastian Specht, OFFIS – Institut für Informatik und **Bernd Kramer**, regio GmbH

Die Datengewinnung stellt sich häufig als aufwendiges Unterfangen heraus – besonders weil sich in vielen Kommunen bis heute kein digitaler Ansatz des Datenmanagements etablieren konnte. Dies macht eine überregionale Zusammenfassung von Daten sehr aufwendig. Auch die geringen Kenntnisse vieler Verwaltungsangestellter in Bezug auf digitale Werkzeuge erschweren die Situation, so dass die Potenziale des Raumbezugs vorhandener Daten bisher nur unzureichend ausgeschöpft werden. WebWiKo versucht mit seiner „Demographie-Toolbox“ Abhilfe zu schaffen. Im Kern steht die überregionale, zentrale Datenspeicherung („Data Warehouse“), in die die Datenbestände der Einwohnermeldeämter und jährliche kleinräumige Prognosen einfließen.

Über eine leicht zu bedienende themenspezifische Webanwendung lassen sich die Daten auswerten. Es wurden drei themenspezifische „Dashboards“, „Demographie“, „Wanderungen“ und „Kita-Planung“ gebildet, die sich an spezifische Anwender*innen mit zielgerichtetem fachlichem Interesse richten, um überkomplexe Anwendungen zu vermeiden. Allen Dashboards ist dabei gemein, dass sie räumlich-zeitliche Auswertungen erlauben. Die Dashboards „Demographie“ und „Kita-Planung“ enthalten darüber hinaus Prognoseszenarien mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten. Ergänzend zum niedrigschwelligen Angebot der Dashboards bietet WebWiKo auch Analysewerkzeuge für Expert*innen an.

Ab dem Jahr 2020 wird das Tool im gesamten Kommunalverbund Niedersachsen-Bremen zur Anwendung kommen. Im nächsten Schritt werden weitere „Dashboards“, unter anderem zur Erfassung des Wohnungsmarktes, entwickelt. Das System lässt sich auch auf andere Regionen übertragen. Aus den Erfahrungen des Projekts sind übertragbare Erfolgskriterien für die Einführung eines solchen Systems ein prinzipiell geringerer Aufwand für Kommunen in der Datengewinnung sowie die Sichtbarmachung eines direkten und hohen Anwendungsnutzens der Daten.

Diskussion

In der Diskussion werden die Zielgruppen der beiden Projekte und die Verantwortlichkeiten der Datenhaltung gegenübergestellt. Die Zielgruppe des Projekts WebWiKo sind die Kommunen des Kommunalverbundes. Sie sind auch der Host für ihre Daten und entscheiden selbstständig, ob und wie Datenbestände auch öffentlich über das Tool freigegeben werden. Bei KomMonitor sind ebenfalls die kommunalen Verwaltungen die Hauptzielgruppe – gleichwertig werden jedoch auch Bürgerinnen und Bürger als Nutzer adressiert und das System als ein Beratungsinstrument der Politik verstanden.

Die Indikatoren im Projekt KomMonitor übernehmen eine zentrale Bedeutung. Bei ihrer Entwicklung wurden Erfahrungen anderer Vorhaben einbezogen und analysiert, welche





Indikatoren im Anwendungsfall mit den vorliegenden Daten hinterlegt werden können. Der gesamte Prozess wurde von den verantwortlichen Fachverwaltungen eng begleitet und an ihren Bedarfen ausgerichtet.

Um qualitätsvolle Aussagen zu erzielen gilt jedoch stets, dass die Rohdaten aktuell und konsistent sein müssen. WebWiKo nutzt hierbei die Daten der Einwohnermeldeämter, da die Zensusdaten nicht ausreichend aktuell vorliegen. KomMonitor bezieht seine Daten von den kommunalen Statistikstellen. Es gilt jedoch stets, dass Demografiedaten aus keiner verfügbaren Quelle als „exakt“ gelten können, sondern es durch unterschiedliche Erhebungsmethoden systembedingt zwangsläufig zu Abweichungen kommt – dieses ist systembedingt. Davon zu unterscheiden sind bewusste oder in Kauf genommene Fehlerquellen, z.B. wenn aus politischen Erwägungen Einwohnerzahlen nicht angepasst werden, insbesondere weil unmittelbare Folgen wie Eingemeindung drohen oder Finanzzuweisungen hieran gebunden sind. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass die Politik teilweise kritisch gegenüber der mit den beiden Tools entstehenden Transparenz ist, da mögliche Probleme in der Kommune oder Region offengelegt werden. Eine weitere Fehlerquelle ist die fehlende Fachkompetenz in den Fachämtern bei der Erhebung oder Weitergabe statistischer Daten.

Vor dem Hintergrund einer erforderlichen Datenkultur konnten beide Projekte auf gute Ausgangssituationen aufbauen. Zwar waren die Kommunen in WebWiKo von Beginn an am Projekt interessiert, dennoch war es anfangs schwierig, die abstrakten Ansätze des Tools zu vermitteln. Beide Projekte machten hingegen die Erfahrung, dass die Aufgeschlossenheit gegenüber den Tools deutlich anstieg, als Prototypen gezeigt und Auswertungsmöglichkeiten präsentiert werden konnten. Für die erfolgreiche Implementierung solcher Tools schlussfolgerten beide Projekte, dass eine Nutzerorientierung und die offensive Vermittlung des Mehrwerts zentral sind.

Block 3: Wissen nutzen – Entscheidung für die kommunale Entwicklung vorbereiten

MOSAİK: Abgrenzung und Analyse von Quartieren

Dennis Hardt, Technische Universität Dortmund

Das Projekt MOSAIK – in seiner vollständigen Titelform „Modellhafte Strategien zur integrierten und kultursensiblen Bestandsentwicklung“ – entwickelt Strategien zur integrierten und kultursensiblen Bestandsentwicklung. Über eine Untersuchung der Struktur bestehender Quartiere in Remscheid ist es das Ziel, ein Verständnis über das konfliktarme Zusammenleben in Stadtgebieten mit heterogenen Bewohnergruppen zu erlangen. Im Mittelpunkt des Vortrags stand der quantitative Teil des Vorhabens, der durch die





Identifikation von Versorgungsbeziehungen innerhalb des Stadtraums ähnlich strukturierte Quartiere abzugrenzen versucht.

Auf Ebene der Baublöcke als „kleinste Einheiten“ wurden hierfür kleinräumige Verflechtungsdaten (Quell-Ziel-Verbindungen anhand von Abrechnungszahlen der haus- und kinderärztlichen Versorgung, Herkunftslisten für Kitas, Grundschulen und Offene Ganztagschulen), Zugehörigkeiten zu Siedlungstypen (abgegrenzt nach Baustruktur und Baujahren) und zu Stadtbezirken (politischer Handlungsraum) sowie räumliche Einschränkungen (fußläufige Erreichbarkeitsmatrix, Barrieren) genutzt. Im Ergebnis entstand ein Mosaik von Clustern, sogenannten „multifunktionalen Ähnlichkeitsräumen“.

Diese identifizierten Cluster werden im weiteren Verlauf des Projektes anhand von soziodemographischen Merkmalen, der Siedlungs- und Baustruktur, Versorgung, Bildung und Gesundheit, sozioökonomischen Merkmale und der kleinräumigen Kriminalitäts- und Einsatzstatistik typologisiert. Diese Typologie soll die Stadtentwicklung unterstützen – beispielsweise als Informationsbasis für ein typenbezogenes Quartiersmanagement.

Diskussion

In der Diskussion wird angemerkt, dass eine Betrachtung für viele grade kleinere Städte auch über die Stadtgrenzen hinaus gehen müsse, da auch die Verflechtungen Stadtgrenzen überschreiten. Dies wurde im Projekt MOSAIK berücksichtigt, indem z.B. hinsichtlich Infrastrukturen auch Verflechtungen zu den Nachbarstädten einbezogen wurden. Eine Übertragung des Ansatzes auf eine regionale Ebene wäre interessant, aufgrund der bisher genutzten Bezugsebene „Quartier“ aber nur bedingt sinnvoll. Eine Lösung könnte in der Nutzung eines Rasteransatzes liegen, bei dem mehrere Raster ein Quartier abbilden.

Hinsichtlich der Transparenz der Ergebnisse wird festgestellt, dass die erarbeitete Abgrenzung der Quartiere der Stadt Remscheid zur Verfügung gestellt wird und diese über die weitere Verwendung entscheidet. Die genutzten Daten zu Schule und Kita werden bereits in der Stadt genutzt. Grundsätzlich ist neben der reinen Darstellung der Daten und ihrer Analyseergebnisse die Interpretation von entscheidender Bedeutung. Im Projekt MOSAIK wird die noch ausstehende Typologisierung der Quartiere hierzu weitere Erkenntnisse bringen.





Block 4: Wissen vermitteln – Bürger*innen, Verwaltung und Politik unterstützen, beraten und sensibilisieren

LebensRäume: Wohnraummanagement auf Datenbasis

Dr. Immanuel Stieß, Institut für sozial-ökologische Forschung

Das Projekt LebensRäume hat sich zum Ziel gemacht Strategien zu erproben, mit denen insbesondere im Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser aus den 60er bzw. 70er Jahren „verdeckter Leerstand“ – d.h. untergenutzter Wohnraum – besser in Wert gesetzt werden kann. Hintergrund ist, im Kreis Steinfurt angesichts eines angespannten Wohnungsmarktes vorhandenen Wohnraum ressourcensparend und generationengerecht zu nutzen. Im Ergebnis sollen die Kommunalpolitik und Verwaltung von der Bedeutung des Themas „verdeckter“ Leerstand überzeugt werden und Hauseigentümer*innen für ein flächensparendes und bedarfsgerechtes Wohnen im Alter sensibilisiert sowie bei der Planung und Umsetzung von Handlungsoptionen unterstützt werden.

Um hierfür eine zielführende Informationsbasis zu erhalten, wurde eine Ausgangsanalyse mit einer detaillierten Datenerhebung zu den Rahmenbedingungen durchgeführt: Es wurden aus Dokumenten und Statistiken Daten zur demografischen und städtebaulichen Entwicklung und zum Immobilienmarkt ausgewertet. In qualitativen Interviews und Telefonbefragungen wurden in sechs Modellkommunen ältere Menschen zu ihrer Wohnsituation und ihren Wohnwünschen im Alter sowie zur Bereitschaft zur Veränderung und Wohnungssuchende nach ihrem Interesse an Bestandsimmobilien befragt.

Anhand dieser Erhebungen liegen für die Kommunalverwaltung und Politik kleinräumige statistische Daten zur Altersstruktur und Wohnraumversorgung sowie auf Basis der Befragung von Eigentümer*innen Informationen zur Identifikation und Quantifizierung von verdecktem Leerstand vor. So kann die Anzahl an abgetrennten, aber nicht vermieteten Wohnungen in Häusern älterer Besitzer in den sechs Modellkommunen auf ca. 1.400 Wohnungen geschätzt werden. Hochgerechnet für den gesamten Kreis Steinfurt ergibt sich ein nicht genutztes Wohnungspotenzial von ca. 5.000 Wohnungen. Auf dieser Basis erfolgt eine Sensibilisierung in den Kommunen und wird ein Beratungsangebot für Hauseigentümer*innen erarbeitet.

AktVis: Visualisierung von Innenentwicklungspotenzialen

Prof. Dr. Hans Joachim Linke, Technische Universität Darmstadt

Ziel des Projektes AktVis ist die Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen durch Information und Sensibilisierung. Hierfür wurden entsprechende Wissensgrundlagen durch Bestandsanalysen, eine Innenentwicklungspotenzialerhebung und eine Aufnahme der Ortskenntnisse der kommunalen Planer*innen geschaffen. Notwendig für eine erfolgreiche Sensibilisierung ist eine Übersetzung der Daten und damit eine zielgruppenspezifische Aufbereitung und Vermittlung.





Im Projekt AktVis wurden hierfür Visualisierungen genutzt. Sie unterstützen die Vorstellungskraft und Ideenfindung, ermöglichen maßstäblich korrekte Veränderungen, bieten einen intuitiven und interaktiven Zugang zum Raum und machen Orte räumlich erfahrbar. In einer Simulation an einem Multitouch-Tisch über ein WebGIS wurden Baulücken und deren Bebaubarkeit einschließlich einer groben Prüfung von Wirtschaftlichkeit und baurechtlicher Zulässigkeit dargestellt. Es zeigte sich, dass die vorhandene Datenbasis und ihre Darstellung helfen kann, Sichtweisen zu ändern und zu beeinflussen, insbesondere durch das Aufzeigen von Notwendigkeit und Möglichkeiten. Allerdings erfordert insbesondere die Umsetzung individueller Projekte eine zusätzliche individuelle Ansprache.

Diskussion

In der Diskussion wird – wie auch in den anderen Diskussionsrunden zuvor – auf die Offenheit der Politik für die Wissensvermittlung eingegangen. Im Projekt LebensRäume zeigte sich, dass die Ergebnisse der empirischen Datenerhebung die Bereitschaft steigerte, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Wirkungsvoll war hier insbesondere aufzeigen zu können, welche quantitative Relevanz das Thema des „verdeckten Leerstands“ für den Kreis besitzt. Anhand der im Projekt verwendeten Grenzen der „Angemessenheit von Wohnraum“ wurde jedoch auch die Verantwortung der Wissenschaft deutlich, die mit ihren Vorannahmen – die in der Praxis häufig nicht hinterfragt werden – Diskussionen vorzeichnen und prägen kann. So ist gerade die Wissenschaft gefordert, eine gesellschaftliche Debatte zu jenen Kriterien anzustoßen und voranzutreiben, die auf Werten und Normen basieren.

Zugleich bleibt bei einem emotionalen Thema wie der Innenentwicklung festzuhalten, dass auch eine emotionale Ansprache erforderlich ist. Gerade im Projekt AktVis wird deutlich, dass die Politik sich mit einem solchen Thema schwertat, da einerseits Einschränkungen für die Bürger*innen befürchtet und andererseits keine Handlungsmöglichkeiten bezüglich privaten Eigentums gesehen wurde. In diesem Kontext kommt der Ansprache und Sensibilisierung privater Eigentümer*innen eine besonders bedeutende Rolle zu. Um zudem auch die Ebene der Kommunalpolitik stärker zu erreichen, könnten Vorgaben der Regionalplanung hilfreich sein.

Weiter wird herausgestellt, dass in der räumlichen Planung die Beratungskompetenz zunehmend an Relevanz gewinnt - beispielsweise spielen in der wissenschaftlichen Ausbildung zunehmend Kommunikation und konkrete Praxisausrichtung eine Rolle, um neue Techniken und Methoden anwenderorientiert zu entwickeln.





Block 5: Reflexion des Themenraumes

„Die neue Bedeutung von Daten für die Stadt“

Eva Schweitzer, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Den Abschluss des Themenraums bildet die Reflexion durch Eva Schweitzer als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat I 5 – Digitale Stadt, Risikovorsorge und Verkehr im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Das Referat untersucht Chancen und Risiken der Digitalisierung von Städten im nationalen und internationalen Kontext und entwickelt zusammen mit Akteuren der Stadtentwicklung Orientierungshilfen für Wege in die digitale Stadtzukunft. So wurde u.a. in einem Dialogprozess „Smart Cities im Kontext der integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung“ eine "Smart City Charta – Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten" mit Leitlinien erarbeitet, in einer Studie „Neues Wissen für die Stadt“ untersucht, wie Digitalisierung die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse in Städten verändert und in „digitalen Lernlaboren“ ermittelt, wie Kommunen zusammen mit ihren Bürger*innen neue Verfahren und Datenquellen wie Big-Data-Analysen sinnvoll und zukunftsorientiert einsetzen können. Aktuell wird eine Handreichung für Kommunen erarbeitet, wie diese die Möglichkeiten der Digitalisierung im Sinne ihrer Bürger unter Berücksichtigung der Ansprüche an Datensicherheit, Privatsphäre, Technologiesouveränität und demokratische Legitimation nutzbar machen können.

41

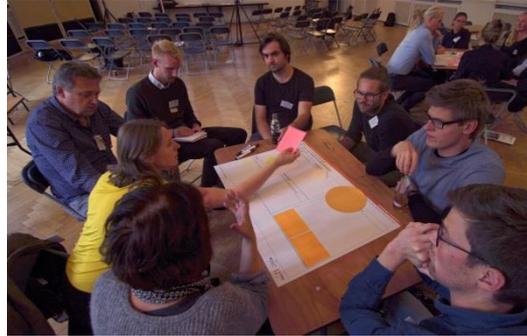
Frau Schweitzer weist auf das Problem der Transparenz von Daten am Beispiel der Abgrenzung von Quartieren hin. So kann eine Veröffentlichung entsprechender Analysen eine Stigmatisierung von Quartieren nach sich ziehen (Beispiel Chicago), wobei sich am Idealbild eines heterogenen Stadtquartiers orientiert wird. Hinsichtlich der Nutzung von Indikatoren, z. B. der SDGs (Sustainable Development Goals), stellt sich die Frage, ob wirklich immer noch bessere/andere Daten erforderlich sind. Letztlich ist aus Sicht von Frau Schweitzer der politische Diskurs zum Umgang mit den Ergebnissen von Indikatoren, zur Definition von Leitlinien oder von Obergrenzen wichtiger als die eigentliche wissenschaftliche Setzung der Indikatoren.

Abschließend diskutiert Frau Schweitzer das Verhältnis von Kommunen und Unternehmen hinsichtlich der Erhebung und Nutzung von Daten sowie der Datenhoheit. Während es bei Kommunen einen Trend zur Aufdeckung aller Daten gebe und sie somit eine Vielzahl von Daten öffentlich zur Verfügung stellen, ist dies bei Unternehmen häufig nicht der Fall. Hierdurch entstehe ein Missverhältnis. Eine Pflicht, Daten von öffentlichem Interesse herausgeben zu müssen, sei eine politische Entscheidung.





Impressionen der Veranstaltung II



42





Abschlussdiskussion: Welche neuen Wege weist „Kommunen innovativ“ auf?

In der Abschlussdiskussion sind unter der Leitfrage „Welche neuen Wege weist „Kommunen innovativ auf?“ die drei Key-Listener [Eva Nemela](#) (Körper Stiftung), [Prof. Dr. Peter Dehne](#) (Hochschule Neubrandenburg) und [Eva Schweitzer](#) (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) eingeladen, gemeinsam mit dem Plenum ihre Eindrücke aus den Themenräumen und daraus ableitbare Schlussfolgerungen zu diskutieren. [Dr. Stephanie Bock](#) moderiert die Diskussion.



43

Von links nach rechts: Dr. Stephanie Bock (Deutsches Institut für Urbanistik, KomKomIn), Eva Nemela (Körper-Stiftung), Eva Schweitzer (Bundesministerium für Bau-, Stadt- und Raumforschung), Prof. Dr. Peter Dehne (Hochschule Neubrandenburg)

Thematische Schlaglichter

Aus dem Themenraum **Neues Miteinander** greift [Eva Nemela](#) als wichtigen Diskussionspunkt den Aspekt des „Beteiligungskanibalismus“ der entstehe, wenn zu viele verschiedene Angebote zur Beteiligung bestehen und sie sich gegenseitig Konkurrenz machen. Diese gelte es zu koordinieren. Bürgerbeteiligung müsse strukturiert und zielgerichtet sein, damit sie die Menschen mitnehmen und deren Engagement nutzen könne. Erfolgsfaktor für ein Vorhaben seien die Menschen, die für das jeweilige Projekt Verantwortung übernehmen. Zudem habe sie als Vertreterin der Zivilgesellschaft mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, wie engagiert kommunale Verwaltung mit dem Thema umgehe.

[Prof. Dr. Peter Dehne](#) hebt bei seinen Eindrücken aus dem Themenraum **Neue Strukturen** hervor, dass die dort vorgestellten Verbundvorhaben Ansätze der interkommunalen Kooperation und der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommunen entwickeln, um Angebote der Daseinsvorsorge und lebenswerte Ortskerne zu sichern. Die Frage





nach neuen Finanzierungs- und Organisationsmodellen werde dabei von vielen Verbundvorhaben gestellt. Es zeige sich aber, dass der Aufbau langfristiger Strukturen und damit die Verstetigung der Ansätze innerhalb des kurzen Förderzeitraums von max. drei Jahren eine anspruchsvolle Aufgabe sei. Dennoch seien Projekte als Möglichkeitsfenster zu verstehen, um neue Formen der Kooperation in der Daseinsvorsorge zu erproben. Eine Beurteilung des Maßes der Innovation der einzelnen Ansätze könne derzeit noch nicht erfolgen.

Mit Blick auf den Themenraum **Neues Wissen** sind für [Eva Schweitzer](#) drei Aspekte – die drei K's – besonders bezeichnend. Das erste K stehe für Kommunikation sowohl mit den Bürger*innen als auch der Politik, hier werde mithilfe von Daten kommunale Entwicklung sichtbar gemacht. Beim zweiten K gehe es um die Kooperation der beteiligten Akteure zum Thema Daten. Der Aufbau von internen und übergreifenden Strukturen (z.B. Plattformen) zum Austausch von Daten/Wissen stehe dabei im Vordergrund. Das dritte K stehe für die Kompetenzen, die die beteiligten Akteure brauchen, um an datenbasierten Prozessen mitzuwirken.

Prozesse, Akteure und Vernetzung

Mit Blick auf die für Kommunen innovativ kennzeichnende Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis betont Eva Nemela den für sie hier erkennbaren Mehrwert der Kooperation. Im Unterschied zu dem von ihr begleiteten Projekt „Engagierte Stadt“ der Körber Stiftung, bei dem die Wissenschaft nicht mit an Bord war, zeige sich hier, dass die Expertise der Wissenschaft entscheidend sei, um soziale Innovation zu entwickeln. Sie sollte deshalb immer einbezogen werden. Sie ruft dazu auf, den Wert sozialer Innovationen messbar zu machen, auch dafür brauche es die wissenschaftliche Begleitung.

Eva Schweitzer hebt hervor, dass Forschung Impulse setze und prozessbeschleunigend wirke. Der Fokus der Wissenschaft solle daher auf sozialen Innovationen und der Prozessaktivierung liegen. Da sich die Vorhaben dynamisch entwickeln, sei die Frage nach dem Innovationsbegriff wichtig.

Die Suche nach neuen Wegen und Ideen werde aus der Praxis generiert und nicht aus der Wissenschaft, so Professor Dr. Peter Dehne. Viele der Projektideen gebe es vor Ort bereits, aber noch sei zu meist unklar, wie und unter welchen Bedingungen Prozesse funktionieren. Hier gelte es zu erforschen, was im jeweiligen Kontext der Modellkommune passiert.

In der Diskussion wird bestätigt, dass eine Aufgabe der Wissenschaft darin liege, Impulse in den Kommunen zu setzen und die Prozesse vor Ort zu befördern. Dabei sei immer zu berücksichtigen, dass die Projekte auf lokalspezifische Herausforderungen reagieren. Die Wissenschaft sollte aufnehmen und analysieren, was in den Kommunen passiere und funktioniere und diese Erkenntnisse in übertragbare Lösungen überführen.





Zudem Sorge die Wissenschaft für den Wissenstransfer und die Wirkungsanalyse der Projekte. In einem weiteren Beitrag wird ergänzt, dass Rückkopplungsschleifen mit der Politik wesentlich seien. Auch hier übernehme die Wissenschaft eine wichtige Rolle.

„Mentimeter“: Reflexion der Veranstaltung und Ausblick

Im Zuge des Abschlussplenums der diesjährigen Fachkonferenz gibt eine weitere „Mentimeter“-Abfrage Anstoß für eine kurze Reflexion der Veranstaltung sowie einen Ausblick auf zukünftige Forschungsthemen.

1. Was nehmen Sie mit von den letzten beiden Tagen?

Die Antworten der Teilnehmenden auf diese Frage stellt die „Wortwolke“ dar. Die überwiegenden Nennungen betreffen die beiden hervorstechenden Begriffe „Handlungsideen“ und „Kontakte“. Eben diese zu vermitteln war auch das Ziel der Veranstaltung.

Was nehmen Sie mit von den letzten beiden Tagen?



2. Was sind zukünftige Forschungsthemen?

Bei der Entstehung dieser „Wortwolke“ kristallisiert sich insbesondere der Begriff der „Verstetigung“ heraus. Dieser wird vor allem auch im Hinblick auf das Auslaufen der Verbundprojekte in Zukunft einen hohen Stellenwert innerhalb der Kommunen einnehmen. Weiterhin wird das Thema der „Finanzierung“ nach Ansicht der Teilnehmenden in der zukünftigen Forschung immer wichtiger. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist heute eine der größten Hindernisse für die Umsetzung von Innovationen. Die weiteren Begriffe spiegeln die Themenvielfalt der Verbundprojekte in der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ wider.



